



Gemeinwohlbericht der ÖDP (Kompaktbilanz)



Bild: ÖDP

Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Informationen zur Organisation	4
Kurzpräsentation der Organisation	4
Produkte / Dienstleistungen	10
Die Organisation und Gemeinwohl	10
Testat	15
A Lieferantinnen und Lieferanten	16
A1 Menschenwürde in der Zulieferkette	16
A1 Negativaspekt: Verletzung der Menschenwürde in der Zulieferkette.....	22
A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette	22
A2 Negativaspekt: Ausnutzung der Marktmacht gegenüber Lieferantinnen und Lieferanten.....	23
A3 Ökologische Nachhaltigkeit In der Zulieferkette	24
A3 Negativaspekt: unverhältnismäßig hohe Umweltauswirkungen in der Zulieferkette.....	25
A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette	26
B Eigentümerinnen/Eigentümer und Finanzpartnerinnen/-partner	27
B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln	27
B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln	29
B2 Negativaspekt: unfaire Verteilung von Geldmitteln.....	30
B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung	30
B3 Negativaspekt: Abhängigkeit von ökologisch bedenklichen Ressourcen.....	31
B4 Eigentum und Mitentscheidung	31
B4 Negativaspekt: feindliche Übernahme.....	32
C Mitarbeitende	33
C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz	33
C1 Negativaspekt: menschenunwürdige Arbeitsbedingungen.....	40
C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge	41
C2 Negativaspekt: ungerechte Ausgestaltung der Arbeitsverträge.....	44
C3 Ökologisches Verhalten der Mitarbeitenden	44

C3 Negativaspekt: Anleitung zur Verschwendung/Duldung unökologischen Verhaltens	46
C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz	46
C4 Negativaspekt: Verhinderung des Betriebsrates	49
D Kundinnen/Kunden und Mitunternehmen	49
D1 Ethische Kundenbeziehung	49
D1 Negativaspekt: unethische Werbemaßnahmen	53
D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen.....	53
D2 Negativaspekt: Missbrauch der Marktmacht gegenüber Mitunternehmen	55
D3 Ökologische Auswirkungen durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen.....	56
D3 Negativaspekt: bewusste Inkaufnahme unverhältnismäßiger ökologischer Auswirkungen	57
D4 Kundinnen-/Kunden-Mitwirkung und Produkttransparenz	58
D4 Negativaspekt: kein Ausweis von Gefahrenstoffen	61
E Gesellschaftliches Umfeld	61
E 1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen	61
E 2 Beitrag zum Gemeinwesen.....	64
E2 Negativaspekt: illegitime Steuervermeidung.....	68
E2 Negativaspekt: mangelnde Korruptionsprävention	68
E 3 Reduktion ökologischer Auswirkungen.....	68
E 4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung.....	71
E4 Negativaspekt: Förderung von Intransparenz und bewusste Fehlinformation.....	73
Ausblick.....	75
Kurzfristige Ziele.....	75
Langfristige Ziele	75
EU-Konformität: Offenlegung von nicht-finanziellen Informationen (Eu COM 2013/207)	75
Beschreibung des Prozesses der Erstellung der Gemeinwohl-Bilanz	77

Allgemeine Informationen zur Organisation

Parteiename: Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP)

Rechtsform: Partei

Eigentums- und Rechtsform: Partei

Website: www.oedp.de

Branche: Parteien

Parteisitz: Berlin

Gesamtanzahl der Mitarbeitenden: 10

Vollzeitäquivalente: 9,5

Saison- oder Zeitarbeitende: 3

Umsatz: 908.966,49 €

Jahresüberschuss: -334.428,70 €

Tochtergesellschaften / verbundene Unternehmen: -

Berichtszeitraum: 2022

Kurzpräsentation der Organisation

Die Ökologisch-Demokratische Partei (Kurzbezeichnung ÖDP) ist eine Kleinpartei in Deutschland. Inhaltliche Schwerpunkte der Partei sind auf ökologisch-konservativer Grundlage Demokratie, Umweltpolitik, Wachstumskritik und Familienpolitik. Die ÖDP wurde 1982 als Bundespartei gegründet und ist Rechtsnachfolgerin der Grünen Aktion Zukunft (GAZ), der Grünen Liste Umweltschutz Hamburg (GLU) sowie der Arbeitsgemeinschaft Ökologische Politik.

In der ÖDP arbeiten Menschen zusammen, die sich der entscheidenden Herausforderung unserer Zeit stellen: der globalen Krise mit ihren ökologischen, wirtschaftlichen, sozialen, kulturellen und ethischen Aspekten. Weil wir uns für eine saubere Demokratie einsetzen, nehmen wir keine Firmenspenden an. Unsere mehr als 530 Mandatsträgerinnen und Mandatsträger gestalten jeden Tag vor Ort Politik zum Wohl der Menschen und der Umwelt. Unser politisches Handeln orientiert sich an einer goldenen Regel: „Jede Entscheidung muss für alle Menschen und auch vor künftigen Generationen sowie der gesamten Schöpfung verantwortbar sein.“

Chronik der Partei (nach Jahren):

2022 Auf dem Bundesparteitag am 02.10.2022 in Würzburg wird Charlotte Schmid (Poing/Bayern) zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Dr. Peter Schneider (Körner/Thüringen) und Helmut Scheel (Lechbruck/Bayern) werden zum ersten bzw. zweiten stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

2021 Mit Stand 31.03.2021 hat die ÖDP 8.072 Mitglieder, so viele wie nie zuvor. Die ÖDP erringt bei den Landtagswahlen im März in Baden-Württemberg 0,8 % und in Rheinland-Pfalz 0,7 % der Stimmen. Der Landesverband Bremen wird neu gegründet. Der Landesverband Berlin klagt wegen der Corona-Pandemie gegen die hohen Unterschriftenquoten für die Teilnahme an den Wahlen für das Abgeordnetenhaus und die Bezirksparlamente und bekommt vor dem Berliner Verfassungsgericht recht. Es müssen nur noch 25 % der erforderlichen Unterschriften gesammelt werden. Eine ähnliche Klage für die Bundestagswahl wird im April beim Bundesverfassungsgericht eingereicht (2 BvE 5/21), später senkte der Bundestag aber freiwillig die Quoren. Bei der Bundestagswahl im September errang die ÖDP nur 0,2 % der Zweitstimmen, obwohl sie flächendeckend wählbar war.

2020 Bei der Kommunalwahl in Bayern gewinnt die ÖDP 420 Mandate. Im Sommer rückt die saarländische Juristin Manuela Ripa für Prof. Dr. Klaus Buchner ins EU-Parlament nach. Bis Juni 2020 ist die ÖDP auf über 8000 Mitglieder gewachsen. Auf dem Bundesparteitag im September wird Christian Reholz (Nürnberg/Bayern) zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Dr. Peter Schneider (Körner/Thüringen) und Jan-Philipp van Olfen (Benediktbeuern/Bayern) werden zum ersten bzw. zweiten stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt. Die ÖDP gewinnt bei der Kommunalwahl in Nordrhein-Westfalen 11 Mandate. Der Landesverband Baden-Württemberg klagt erfolgreich mit anderen Parteien wegen der Corona-Pandemie gegen die hohe Unterschriftenhürde und gewinnt vor dem Verfassungsgerichtshof: Es sind nur 50 % der erforderlichen Unterschriften für die Wahlteilnahme beizubringen.

2019 Es findet die erste Lesung des von der ÖDP in Bayern initiierten, erfolgreichen Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ im bayerischen Landtag statt. Über 1,7 Millionen Menschen (18,3 % der Wahlberechtigten) waren zuvor im Februar 2019 innerhalb von 14 Tagen in die Rathäuser geströmt und hatten für einen besseren Natur- und Artenschutz in Bayern unterschrieben. Bei der Europawahl im Mai erhält die ÖDP bundesweit über 370.000 Stimmen und damit ein Ergebnis von 1 %. Damit wurde der bisherige EU-Abgeordnete Prof. Dr. Klaus Buchner wiedergewählt. Bei den gleichzeitig stattfindenden Kommunalwahlen in Rheinland-Pfalz (33) und Baden-Württemberg (49) gewinnt die ÖDP erneut zahlreiche kommunale Mandate.

2018 Die Bundestagswahl beschert der ÖDP immerhin einen deutlichen Mitgliederzuwachs. Die Partei hat Ende März rund 6400 Mitglieder. Auf dem ÖDP-Bundesparteitag im Mai wird der bisherige Bundesschatzmeister der ÖDP, Christoph Raabs aus Neustadt bei Coburg, zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Agnes Becker (Wegscheid/Bayern) und Verena Föttinger (Fluorn-Winzeln/Baden-Württemberg) werden zur ersten bzw. zweiten stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

2017 Bei der Bundestagswahl im September erhält die ÖDP 0,3 %. Sie kandidierte in 13 Bundesländern. Die Landesverbände Brandenburg und Sachsen können neu konstituiert werden. Zum Ende des Jahres muss die Bundesvorsitzende Schimmer-Göresz ihr Amt aus gesundheitlichen Gründen niederlegen. Agnes Becker übernimmt kommissarisch den Bundesvorsitz.

2016 Die ÖDP erhält bei den Landtagswahlen in Baden-Württemberg 0,7 % und in Rheinland-Pfalz 0,4 % der Stimmen. Die Partei beteiligt sich in Bayern und Baden-Württemberg an Volksbegehren gegen das Freihandelsabkommen CETA. Im November bestätigt der ÖDP-Bundesparteitag in Bonn die amtierende Bundesvorsitzende Gabriela Schimmer-Göresz, wählt Agnes Becker (Wegscheid/Bayern) zur ersten stellvertretenden und Angela Binder (Linsengericht/Hessen) zur zweiten stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

2015 Die ÖDP klagt in Hamburg gegen die Sperrklausel für die Bezirkswahlen. Neuwahlen im Landkreis Straubing-Bogen nach Wahlmanipulation: ÖDP erhält 11,6 %.

2014 Im Januar 2014 wird der früheren stellvertretenden rheinland-pfälzischen ÖDP-Landesvorsitzenden Gertrud Schanne-Raab das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen. Im März gewinnt die ÖDP bei der bayerischen Kommunalwahl rund 380 kommunale Mandate sowie 8 erste Bürgermeister. In den bayerischen Großstädten München, Augsburg, Nürnberg und Würzburg ist die ÖDP mit deutlichen Zugewinnen vertreten. Bisher größter politischer Erfolg: Im Mai zieht die ÖDP mit Prof. Dr. Klaus Buchner erstmalig ins Europäische Parlament mit einem Sitz ein. Bei der Europawahl am 25. Mai votierten 0,6 % für die ÖDP. Bei den Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen, Baden-Württemberg, Sachsen-Anhalt und Thüringen kann die ÖDP weitere 80 kommunale Mandate verbuchen, darunter sind Städte wie Mainz, Bottrop und der Regionalverband Stuttgart. Im November wird mit der 62-jährigen Rechtsanwaltsangestellten und schwäbischen ÖDP-Bezirksvorsitzenden Gabriela Schimmer-Göresz (Weiler bei Neu-Ulm/Bayern) wieder eine Frau zur neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Der Bundesparteitag in Erlangen wählt Volker Behrendt

(Hamburg) und Agnes Becker (Wegscheid/Bayern) zu stellvertretenden Bundesvorsitzenden.

2013 Bei der Landtagswahl in Bayern im September erringt die ÖDP 2,1 % der Stimmen. Außerdem kann die ÖDP in 5 von 7 bayerischen Bezirkstagen mit insgesamt 6 Mandaten einziehen. Bei der Bundestagswahl im September erreicht die ÖDP 0,3 % der Stimmen, Landeslisten konnte sie in 8 Ländern aufstellen. Der Bundesparteitag in Eichstätt wählt Prof. Dr. Klaus Buchner zum Spitzenkandidaten bei der Europawahl. Im Dezember verkündet das Bundesverfassungsgericht sein Urteil, wonach die 3-%-Sperrklausel bei der Europawahl verfassungswidrig ist. Die ÖDP hatte gemeinsam mit den Freien Wählern geklagt, Prof. Dr. Hans-Herbert von Arnim verfasste die Klageschrift.

2012 Die ÖDP klagt im Juni vor dem Bundesverfassungsgericht gegen die verdeckte Parteienfinanzierung des Bundestags durch Parlamentsfraktionen, Abgeordnetenmitarbeiter und parteinahe Stiftungen (Aktenzeichen: 2 BvE 4/12). Sebastian Frankenberger wird auf dem Bundesparteitag in Erding im November für weitere zwei Jahre als Bundesvorsitzender gewählt, Stellvertreter sind Susann Mai und Karl-Heinz Jobst. Dem früheren bayerischen ÖDP-Landesvorsitzenden Bernhard Suttner wird im November das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen.

2011 Im November 2011 kippt das Bundesverfassungsgericht auf Klage von Prof. Dr. Hans-Herbert von Arnim die 5-%-Hürde bei der Europawahl. Der bisherige ÖDP-Bundesvorsitzende Prof. Dr. Klaus Buchner hatte im Vorfeld ebenfalls eine Klage eingereicht.

2010 Im Juli ist der von der ÖDP initiierte Volksentscheid „Für echten Nichtraucherenschutz“ erfolgreich: Über 60 % der Wählerinnen und Wähler sprechen sich dafür aus. Damit ist Sebastian Frankenberger, ÖDP-Mitglied und Organisator, bundesweit in den Medien. Im November wird Sebastian Frankenberger mit 71 % zum neuen Bundesvorsitzenden der ÖDP gewählt. Seine Stellvertreterinnen sind Susann Mai aus Worbis/Thüringen und Verena Häggberg aus Hamburg.

2009 Die ÖDP erhält bei der Europawahl im Juni rund 0,5 % der Wählerstimmen und bekommt weiterhin staatliche Mittel. Im Dezember votieren rund 13,9 % der bayerischen Bürger für ein Volksbegehren für mehr Nichtraucherenschutz, das von der ÖDP initiiert wurde.

2008 Bei den Kommunalwahlen in Bayern gewinnt die ÖDP Mandate hinzu: Sie hat nun bundesweit über 400 und stellt darüber hinaus diverse Bürgermeister (z. B. in Passau, Burkardroth etc.). Die bayerische ÖDP gewinnt die Klage gegen die

Nichtberücksichtigung im Wahl-O-Mat bei der Landtagswahl. In Zukunft müssen auch alle nicht im Parlament vertretenen Parteien aufgeführt werden.

2007 Die Zusammenarbeit auf Bundesebene mit der Familienpartei wird beendet. Die ÖDP feiert ihren 25. Geburtstag.

2005 Eine gemeinsame Zukunft mit der Familienpartei wird beschlossen.

2004 Bei der Europawahl bekommt die ÖDP 0,6 % der Stimmen. Die ÖDP gewinnt die Klage vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das neue Parteiengesetz (2 BvE 2/02).

2003 Der Physiker Prof. Dr. Klaus Buchner wird von den Delegierten zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt. Bei der bayerischen Landtagswahl erzielt die ÖDP ein Ergebnis von 2,0 %.

2002 Die ÖDP tritt zur Bundestagswahl an. Zwar fällt das Ergebnis enttäuschend aus, aber von Januar bis September können 350 neue Mitglieder gewonnen werden.

2000 Der Wirtschaftskriminalist Uwe Dolata wird neuer Bundesvorsitzender. Die bayerische ÖDP bringt in vielen Kommunen Bürgerbegehren unter dem Motto: „Temelinstrom kommt mir nicht ins Haus“ auf den Weg.

1999 Dank einer Klage der ÖDP vor dem nordrhein-westfälischen Verfassungsgerichtshof wird die 5%-Hürde bei Kommunalwahlen abgeschafft. Die ÖDP kann ihr Wahlergebnis bei den Kommunalwahlen in NRW versechsfachen.

1998 Die ÖDP hat mittlerweile 280 kommunale Mandate. Die ÖDP feiert ihren bisher größten Erfolg: die Abschaffung des bayerischen Senats. Auf politischen Druck der ÖDP werden fünf Atomstandorte in Bayern gestrichen.

1997 Die ÖDP engagiert die Agentur Buttgerit und Heidenreich und verpasst sich selbst ein neues Erscheinungsbild. Eine Frau wird erstmals Bundesvorsitzende: Susanne Bachmaier.

1995 Hans Mangold wird in das Amt des ÖDP-Bundesvorsitzenden gewählt.

1994 Im Superwahljahr erreicht die ÖDP bei der Europawahl 0,8 %.

1993 Bernd Richter wird ÖDP-Bundesvorsitzender.

1989 Dem Vorwurf der „Rechtslastigkeit“ wird mit dem so genannten „Rechtsabgrenzungsbeschluss“ begegnet. Dr. Herbert Gruhl zieht sich aus der Partei zurück. Die Delegierten des Bundesparteitags wählen in Saarbrücken Hans-Joachim Ritter zum neuen Vorsitzenden. Die ÖDP erreicht 0,7 % bei den Europawahlen. Bei den Kommunalwahlen in Bayern erringt die ÖDP 63 kommunale Mandate.

1988 1,4 % der Stimmen bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg sichern die Wahlkampfkostenerstattung.

1986 Die ÖDP erzielt bei der Landtagswahl in Bayern 0,7 %.

1984 Die ÖDP kandidiert bundesweit zum ersten Mal zur Europawahl und erreicht 0,3 % der Stimmen. Ihr erstes Mandat erreicht die ÖDP im Kreistag von Schwandorf (Bayern).

1982 Der erste ordentliche Parteitag der ÖDP wählt in Bad Honnef Dr. Herbert Gruhl zu ihrem Vorsitzenden. Die Partei hat rund 1.800 Mitglieder.

1981 Die GAZ, die GLU (Grüne Liste Umweltschutz) und AGÖP (Arbeitsgemeinschaft ökologische Politik bei den Grünen) verschmelzen zu einer neuen Partei: zur Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP).

1980 Das Bündnis hat rund 30.000 Mitglieder und konstituiert sich als Partei mit dem Namen „Die Grünen“. Dem Bündnis beigetreten ist unter anderem auch die GAZ. Inhaltliche und personelle Differenzen führen aber dazu, dass Herbert Gruhl die Selbstauflösung der GAZ verweigert und aus den Grünen austritt.

1979 Die GAZ tritt zusammen mit grünen Gruppierungen unter dem Namen „Sonstige politische Vereinigungen - Die Grünen“ zur Europawahl an. Das Ergebnis: 3,2 % der Stimmen.

1978 Dr. Herbert Gruhl und andere Aktivisten gründen die GAZ (Grüne Aktion Zukunft), die zum politischen Sammelbecken für die gesamte ökologische Bewegung werden soll. Inhaltliche Basis der GAZ: „Das grüne Manifest“ von Herbert Gruhl.

1975 Der CDU-Bundestagsabgeordnete Dr. Herbert Gruhl schreibt den Bestseller „Ein Planet wird geplündert“, in dem er auf die Umweltkrise aufmerksam macht.

Produkte / Dienstleistungen

Mitgliedsbeiträge: 215.782,83 € (23,74 %)

Spenden: 253.596,82 € (27,90 %)

Zinserträge: 513,22 € (0,01 %)

Staatliche Mittel: 420.810,29 € (46,30 %)

Zuschüsse von Gliederungen: 18.263,33 € (2,01 %)

Die Organisation und Gemeinwohl

In den Grundsätzen der Ökologisch-Demokratischen Partei (ÖDP) spielt das Gemeinwohl von Beginn eine große Rolle. Seit vielen Jahren ist das Gemeinwohl im Parteizweck und im Parteiprogramm sogar explizit erwähnt.

Die Ökologisch-Demokratische Partei ist eine wertorientierte Partei der politischen Mitte. Die Beachtung ökologischer und sozialer Zusammenhänge, die Ehrfurcht vor dem Leben, die Verantwortung für die Zukunft unserer Kinder und die Besinnung auf ethische Werte sind die Leitlinien unserer Politik. Mit unserem umfassenden und konsequenten Konzept sind wir die notwendige ökologische, soziale und demokratische Alternative zu den anderen Parteien, die heute alle von Umweltschutz und sozialer Gerechtigkeit – besonders auch von Familienfreundlichkeit – reden, ohne zu beachten, was das wirklich bedeutet! Die ÖDP geht nicht den Weg bequemer Kompromisse, sondern tritt konsequent für die streitbare Demokratie und die Erhaltung der ökologischen und sozialen Lebensgrundlagen ein, sowie für Abwehrbereitschaft und -fähigkeit gegenüber den Zerstörern des freiheitlichen Rechtsstaats.

Die große Aufgabe eines ökologischen und sozialen Aufbruchs und einer demokratischen Erneuerung zur Erhaltung der Lebensgrundlagen erfordert einen möglichst breiten, parteiübergreifenden Zusammenschluss aller verantwortungsbewussten Bürgerinnen und Bürger. Die ÖDP will daher, als politischer Arm der ökologischen Bewegung und sozial vernachlässigter Gruppen, vor allem Bürgerinnen und Bürger aus allen Bereichen der politischen Mitte ansprechen, die sich um die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft bemühen. Dagegen sind uns die Grundhaltungen rechts- und linksradikaler Gruppierungen fremd und mit unserem Grundsatzprogramm nicht vereinbar. Die ÖDP wendet sich entschieden gegen jegliche faschistischen Tendenzen und verurteilt jede Gewalt gegen ausländische oder jüdische Mitbürgerinnen und Mitbürger oder deren Einrichtungen sowie gegen Minderheiten aufs Schärfste.

Jede Programmaussage der ÖDP soll auf diese „Goldene Regel“ zurückgeführt werden können. Wir in der ÖDP überprüfen alle unsere Forderungen und Handlungsweisen auf dieser Grundlage. Wir stellen uns den drängenden Herausforderungen unserer Zeit: Fortschreitender Klimawandel, gegenwärtige Wirtschaftskrise, gesellschaftliche Umbrüche und damit einhergehende gestiegene Anforderungen an jeden Einzelnen. Wir übernehmen Verantwortung für unsere Gesellschaft, unsere Erde, für die eigene Generation und die kommenden Generationen. Die ÖDP-Mitglieder schöpfen die Kraft für ihren politischen Einsatz und ihre Kreativität aus der Überzeugung, sich für den Erhalt unserer natürlichen Lebensgrundlagen einzusetzen. Unser Menschenbild und unser Grundsatzprogramm fußen auf christlich-humanistischen Werten. Aus diesem Selbstverständnis heraus sind wir offen für Menschen verschiedener Religionen und Weltanschauungen.



Bild: ÖDP

Wir leben unsere Politik! Unsere Grundsätze: Jede Vision muss mit Leben gefüllt werden. Deshalb leben wir das, was wir sagen, und sagen das, was wir leben.

- Freiwilliger Verzicht auf Konzernspenden
- Ehrenkodex der Mandatsträger
- Familiengerechte Mitarbeiterlöhne
- Transparente direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten
- Urabstimmungen über wichtige Themen
- Nachhaltige Medienproduktion auf chlorfreien Recyclingpapieren
- CO₂-neutrale Partei

Parteizweck:

Unser Land braucht eine sozial orientierte und ökologische Politik, die für die Bewahrung der Lebensgrundlagen eintritt und die demokratische Erneuerung vorantreibt. Wir streben Frieden, Gerechtigkeit und die Bewahrung der Schöpfung und damit der natürlichen Lebensräume von Mensch und Tier an.

Politik sollte nach unserem Verständnis immer an der Verbesserung einer Welt arbeiten, in der wir alle ohne Ausbeutung und Unterdrückung friedlich und freiheitlich im Einklang miteinander leben können.

Dieses Ziel ist idealistisch und visionär zugleich. Wir wollen gemeinsam mit allen Menschen, die guten Willens sind, diese Vorstellungen von einem guten Leben für alle in die Tat umsetzen.

Parteiprogramm:

Bildung und Bindung – Schlüssel unserer Zukunft:

Bildung und Bindung sind zentrale Antworten auf die Frage, wie wir in Zukunft gesellschaftliches Zusammenleben positiv gestalten wollen. Nur wenn wir aufgeklärt sind und das reflektieren, was uns ausmacht, können wir auch mit dem Anderen ohne Ängste in Kontakt treten und die Grenzen einhalten. Dabei geht die Bindung der Bildung voraus. So wie es keine gute Erziehung ohne Beziehung gibt, gibt es auch keine gute Bildung ohne Bindung. Bildung wird getragen von Nähe, Aufmerksamkeit, Zuneigung, Zutrauen und Neugierde. In den ersten Lebensjahren geht es darum, dass Kinder eine liebevolle, vertrauensvolle und verlässliche Beziehung zu ihren Eltern sowie anderen Erwachsenen erfahren. Kinder, die in Geborgenheit eine solche Beziehung erlebt haben, können sich mit dem Gefühl der inneren Grundsicherheit auf die große, weite Welt einlassen. Eine solche Offenheit ermöglicht schließlich nachhaltiges Lernen. Bildung muss den ganzen Menschen umfassen und neben der Ausbildung von Verstand und Vernunft auch seine ethische und ästhetische Persönlichkeitsbildung entwickeln. Bildung muss dem Menschen Zeit zur Entwicklung geben, Werte nahebringen, seine Individualität und Kreativität fördern und soziale Kompetenz vermitteln.

Wirtschaftspolitik – Qualität vor Wachstum:

Die ÖDP bekennt sich zum Modell des wachstumslosen Wohlstands. Dies bedeutet Zugewinn an Lebensqualität durch Verzicht auf Überflüssiges. Die bisherige, auf einseitigen materiellen Verbrauch ausgerichtete Wirtschaftspolitik ist gescheitert. Sie missachtet wesentliche naturwissenschaftlich-ökologische, aber auch zentrale ökonomische Grundsätze. Wirtschaft, die ihre ökologischen Grundlagen nicht beachtet, ist weder zukunftsfähig noch vernünftig. Ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik bedeutet

für uns, dass Nachhaltigkeit die Basis jeder menschlichen Aktivität sein sollte. Wir streben eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungen unter der Beachtung von Mensch und Natur sowie die Schonung aller Ressourcen an und distanzieren uns von wachstumsorientierten Wirtschaftsmodellen.

Sozialpolitik – lokal und global:

Abgeleitet von ihrer Ethik strebt die ÖDP soziale Gerechtigkeit an. Soziale Gerechtigkeit ist für uns dann verwirklicht, wenn möglichst alle Menschen über gleiche Chancen in einer Gesellschaft verfügen. Das heißt, dass sie im Rahmen ihrer persönlichen Freiheit das Beste aus ihrem Leben machen können. Soziale Gerechtigkeit ist eine Frage der Vernunft aller Menschen, die im Einvernehmen und in friedlicher Gesellschaft miteinander leben wollen. Wir setzen uns dafür ein, dass die Menschen überall auf der Welt selbstbestimmt leben können, um ihre Menschenwürde zu bewahren. Für uns sind fairer Handel und der sorgsame Umgang mit den Ressourcen selbstverständlich. Ökologische und soziale Mindeststandards zählen mehr als wirtschaftliche Interessen.

Soziale Gerechtigkeit – Erziehungs- und Pflegegehalt:

Die ÖDP setzt sich für ein steuer- und sozialversicherungspflichtiges Erziehungsgehalt ein. Die ÖDP plädiert damit für die echte Wahlfreiheit der Eltern, ohne finanziellen Druck zu entscheiden, ob sie ihre Kinder ausschließlich selbst betreuen oder das Erziehungsgehalt dafür nutzen möchten, ihre Kinder in die Obhut von anderen zu geben. Gleichermaßen fordert die ÖDP ein Pflegegehalt für alle, die ihre Angehörigen zu Hause betreuen, damit diese in Würde altern können. Die Gewährung des Pflegegehalts ist nicht von der Art der Betreuung (häusliche Betreuung oder Heimunterbringung) abhängig zu machen. Maßstab hierfür darf nur das Ausmaß der Pflegebedürftigkeit sein. Der Aufwand für die verschiedenen Pflegestufen darf nicht nur wirtschaftlich berechnet werden. Der Staat muss Familien in schwierigen Lebenslagen ausreichend Unterstützung angedeihen lassen.

Demokratie in Deutschland und Europa:

Demokratie und Partizipationschancen gehören elementar zur sozialen Gerechtigkeit. Menschen müssen politische Rechte wahrnehmen, um über ihr Leben selbst politisch bestimmen und so an der Gesellschaft teilhaben zu können. Der ÖDP geht es um die Stärkung der Demokratie. Die ÖDP bekennt sich klar zu Sozialstaatlichkeit und Demokratie, zu ökologischen Grundsätzen, Menschenwürde, Menschenrechten und dem Einsatz für den Frieden in einem zusammenwachsenden Europa und in der Welt. Die ÖDP wendet sich entschieden gegen konsumorientierten Materialismus und reinen Kapitalismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, ebenso wie jedes ausbeuterische Denken gegenüber Mensch und Umwelt. Wir sind uns sicher: Durch

mehr direkte Demokratie werden wir die wirtschaftlichen und ökologischen Grundlagen unserer Gesellschaft bewahren und soziale Gerechtigkeit definieren.

Nachdem es seit Mai 2020 einen eigenen Arbeitskreis „Gemeinwohl-Ökonomie“ des ÖDP-Stadtverbands München gibt und die Aufnahme der Gemeinwohl-Ökonomie sowie die Schaffung eines Gemeinwohl-Jahres (als Alternative zur Wehrpflicht und Zivildienst) in das Bundespolitische Programm auf mehreren ÖDP-Bundesparteitagen per fristgerecht eingereichten Anträgen gefordert wurde, hat der Bundesvorstand im März 2021 beschlossen, den ÖDP-Bundesverband GWÖ-bilanzieren zu lassen.

Ansprechpartner:

Charlotte Schmid

Bundeschatzmeisterin

E-Mail: charlotte.schmid@oedp.de

Helmut Scheel

2. stv. Bundeschatzmeister

E-Mail: helmut.scheel@oedp.de

Thomas Schiffelmann

Stv. Bundeschatzmeister

E-Mail: thomas.schiffelmann@oedp.de

Dr. Claudius Moseler

Generalsekretär

E-Mail: politik@oedp.de

Doris Hüben-Holomos

Kaufmännische Geschäftsführerin

E-Mail: verwaltung@oedp.de

Testat



Dieses Zertifikat bestätigt die Gültigkeit des durchlaufenen GWÖ Auditprozesses und berechtigt zum Führen des Labels:



Testat:	Externes Audit	Gemeinwohl-Bilanz	Ökologisch-Demokratische Partei ÖDP
---------	-----------------------	-------------------	-------------------------------------

**M5.0
Kompaktbilanz**

2022

Auditor*in:
Jörn Wiedemann

Wert	MENSCHENWÜRDE	SOLIDARITÄT UND GERECHTIGKEIT	ÖKOLOGISCHE NACHHALTIGKEIT	TRANSPARENZ UND MITENTSCHEIDUNG
Berühungsgruppe				
A: LIEFERANT*INNEN	A1 Menschenwürde in der Lieferkette: 30 %	A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Lieferkette: 30 %	A3 Ökologische Nachhaltigkeit in der Lieferkette: 40 %	A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Lieferkette: 30 %
B: EIGENTÜMER*INNEN & FINANZ-PARTNER*INNEN	B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln: 30 %	B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln: J.	B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung: 50 %	B4 Eigentum und Mitentscheidung: J.
C: MITARBEITENDE	C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz: 40 %	C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge: 30 %	C3 Förderung des ökologischen Verhaltens der Mitarbeitenden: 60 %	C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz: 50 %
D: KUND*INNEN & MITUNTERNEHMEN	D1 Ethische Kund*innen beziehungen: 20 %	D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmern: 50 %	D3 Ökologische Auswirkung durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen: 40 %	D4 Kund*innen Mitführung und Produkttransparenz: 20 %
E: GESELLSCHAFTLICHES UMFELD	E1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen: 60 %	E2 Beitrag zum Gemeinwesen: 10 %	E3 Reduktion ökologischer Auswirkungen: 20 %	E4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung: 30 %

Testat gültig bis:
31.12.2025

BILANZSUMME:
362

Mit diesem Testat wird das Audit des Gemeinwohl-Berichtes bestätigt. Das Testat bezieht sich auf die Gemeinwohl-Bilanz 5.0.
TestatID: 3f9ot
Nähere Informationen zur Matrix und dem Auditsystem finden Sie auf www.ecogood.org

Hamburg, 06.12.2023

Bridget Knapper and Manfred Jotter / Executive Directors
International Federation for the Economy for the Common Good
e.V., VR 24207

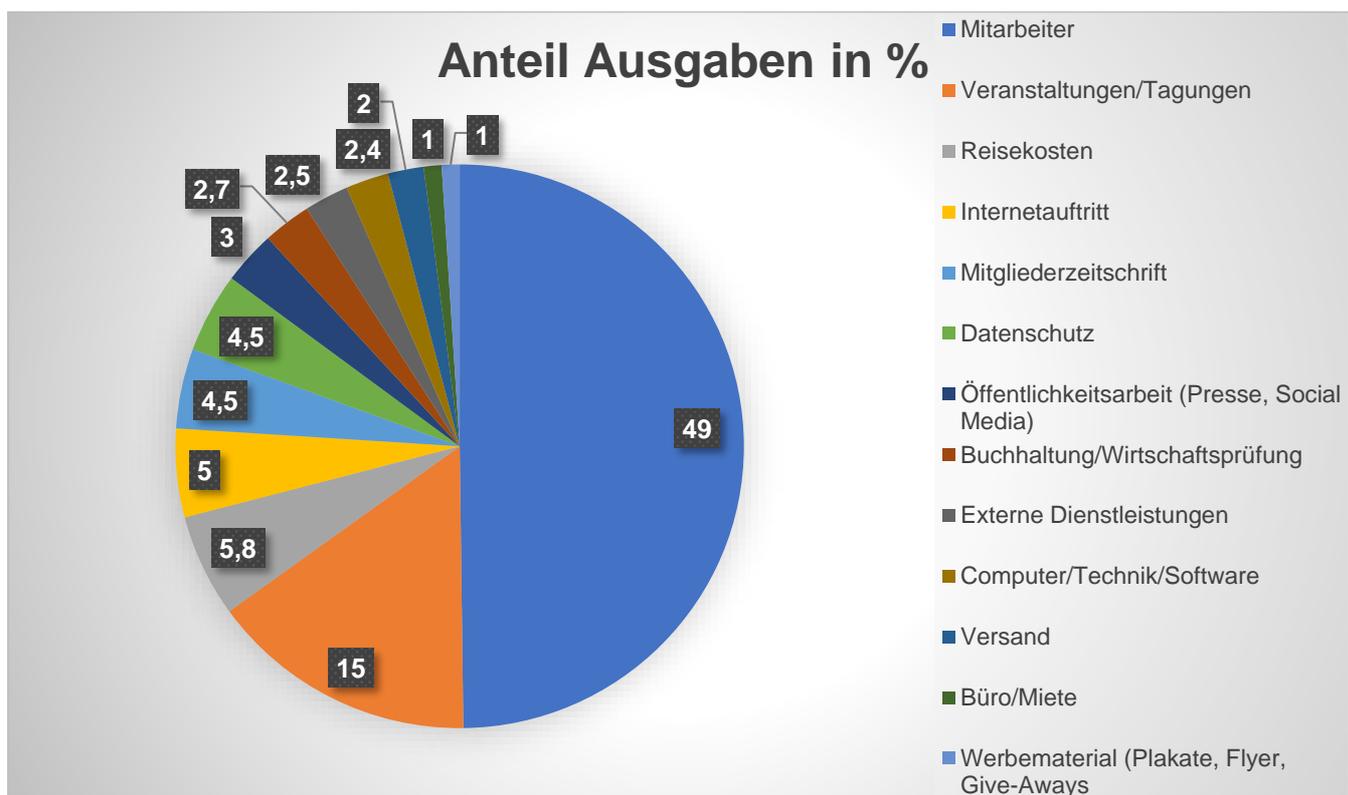


A Lieferantinnen und Lieferanten

Die Ökologisch-Demokratische Partei ist als Partei eher dem Dienstleistungssektor zuzuschreiben und hat aus diesem Grund keine zu beschaffenden Rohstoffe. Selbstverständlich haben wir Produkte und Dienstleistungen, die wir zukaufen müssen. Wie schon unserer Satzung und unserem Grundsatzprogramm zu entnehmen ist, ist für die ÖDP das Wohlergehen aller ein grundlegendes Ziel.

A1 Menschenwürde in der Zulieferkette

Unser Gesamteinkaufsvolumen 2022 beläuft sich auf rund 1.000.000 Euro (s. Excel-Tabelle), 50 % unserer Gesamtausgaben sind Personalausgaben. Diese werden hier nicht erläutert, da sie bei der Bewertung dieses Indikators nicht relevant sind.



Ausgabenposten	%-Anteil	Soziale, ökologische und regionale Bewertung	Zertifikate
Mitarbeitende	50		

<p>Veranstaltungen/Tagungen</p>	<p>15</p>	<p>Tagungen finden bundesweit statt, bei der Tagungsraumauswahl sind wir an Verfügbarkeiten und Größe gebunden, daher ist die Auswahl oft begrenzt. Gerne werden öffentliche Gebäude (Stadthallen) genutzt, kleine Veranstaltungen finden in den eigenen Räumen statt. Beim Catering sind wir oft durch die Tagungsräume gebunden. Seit 2012 nur vegetarische und vegane Verpflegung aus regionalem und Bio-Anbau. Selbst bewirten wir ausschließlich mit Bio-Produkten. Einkauf bei dems-Biomarkt oder lokalen Vermarktern.</p>	 
<p>Reisekosten</p>	<p>5,8</p>	<p>Vorwiegend ÖPNV, Deutsche Bahn, Verbot von Flugreisen bei Inlandsreisen, viele Mitglieder fahren Elektrofahrzeuge</p>	<p>100 % Ökostrom</p>
<p>Internetauftritt</p>	<p>5</p>	<p>Hosting auf deutschem Server (Hetzner), Wartung durch eigenen Angestellten und regionale Agentur</p>	
<p>Mitgliederzeitschrift</p>	<p>4,5</p>	<p>Druck über zertifizierte Umweltdruckerei, Versand über Deutsche Post (klimaneutral), Layout über selbständige Grafikerin</p>	  <p>Climate Partner</p>
<p>Datenschutz</p>	<p>4,5</p>	<p>Angestellte Datenschutzbeauftragte, vorwiegend Personalkosten</p>	

<p>Öffentlichkeitsarbeit (Presse, Social Media)</p>	<p>3</p>	<p>Newslettertool/PR-Software von deutschem Anbieter mit strengen Datenschutzrichtlinien, Social-Media-Arbeit auf Facebook, X/Twitter, Instagram und LinkedIn, eigene Diskussionsplattform auf Basis von Freeware</p>	
<p>Buchhaltung/Wirtschaftsprüfung</p>	<p>2,7</p>	<p>Lohnbuchhaltung ausgegliedert an lokale, kleine Steuerkanzlei – mit enger Zusammenarbeit: Unsere Azubis absolvieren dort den Bereich Personalbuchhaltung. Parteien dürfen nur von wenigen zugelassenen Wirtschaftsprüfern testiert werden. Wir arbeiten nahezu seit Gründung mit derselben Kanzlei zusammen.</p>	
<p>Externe Dienstleistungen</p>	<p>2,5</p>	<p>Honorarkraft als Verbändekoordinator, Honorarkräfte als Referenten, Rechtsanwaltskanzleien für Gutachten</p>	
<p>Computer/Technik/Software</p>	<p>2,4</p>	<p>Office-Software i. d. R. Microsoft; Computer, Bildschirme, Laptops, Handys werden refurbished gekauft (AfB); zwei Diensthandys sind „Fairphones“; Die Kuvertiermaschine ist ebenfalls refurbished und geleast;</p>	<p>Nachhaltigkeitsbericht-Erstattung vorhanden</p>  <p>Mitglied der Allianz f. Cybersicherheit</p>

		Konferenzsoftware von deutschem Anbieter mit strengen Datenschutzrichtlinien; Datenbank-Software von deutschem Unternehmen.	
Versand	2	Brief- und Zeitschriftenversand über Deutsche Post (GoGreen – klimafreundlich), Pakete über DPD	 <p>Der CO₂-neutrale Versand mit der Deutschen Post</p>
Büro/Miete	1	Ladenlokal mit ökologischem Bodenbelag; Fernwärmeleitung unter dem Fußboden, daher geringer Heizbedarf	
Werbematerial (Plakate, Flyer, Give-Aways)	1	In Wahljahren deutlich höherer Anteil an Gesamtausgaben; Drei regionale, Inhaber-geführte Druckereien sind Hauptlieferanten der Plakate und Flyer; Druck nur auf zertifiziertem Papier – alle drei Druckereien sind zertifiziert; Zusätzlich eine umweltzertifizierte Online-Druckerei (Printzipia); Give-aways aus recycelten Materialien und natürlichen Rohstoffen, kein Plastik; Luftballons aus Natur-Latex; Textilien mit Oeko-Tex-Standard; Layouts in langjähriger Zusammenarbeit mit selbständiger Grafikerin	   <p>Premium-PSO Natureoffice</p> 

Büromaterial	0,5	Zu 95 % via Memo (Mehrwegversandsystem)	DIN EN ISO 9001 und 14001       etc.
Versicherungen	0,4	AXA-Vereinshaftpflicht, Ergo-Inventarversicherung	
Energie/Strom	0,3	100 % Ökostrom von Green Planet	    
Telefon	0,3	Telekom-Festnetzanschluss; ebenso Handyverträge über Telekom	„Best in class“-Service
GST-Ausstattung	0,1	seit Jahren unverändert; Büroausstattung vorwiegend aus (heimischem) Kiefernholz	

Berichtsfragen:

Welche Produkte/Dienstleistungen werden zugekauft? Nach welchen Kriterien werden Lieferantinnen und Lieferanten ausgewählt?

Bei der Auswahl unserer Produkte und Dienstleistungen achten wir auf regionale, ökologische und soziale Aspekte. Viele unserer Lieferanten sind zertifiziert: Unser Büromaterial kommt nahezu ausschließlich aus nachhaltigem Versand (Memo AG), der Briefversand erfolgt, wenn nicht papierlos, ausschließlich über GoGreen der Deutschen Post. Unsere Printprodukte werden ausschließlich auf Umweltpapier gedruckt (FSC und EU-Ecolabel). Unser Papier ist ausschließlich Umweltpapier. Wir versenden Rechnungen und Spendenbescheinigungen papierlos, interne Ausdrücke erfolgen auf

wiederverwertetem Schmierpapier. Reinigungsmittel haben ausschließlich ein EU-Umweltzeichen und wir verwenden Nachfüllpackungen. Der Kaffee ist immer bio und fair. Unsere Steckdosenleisten sind zu 90 % schaltbar, um Stand-By-Effekte zu reduzieren. Leere Tonerkartuschen führen wir über Rückgabe an den Lieferanten dem Recycling zu. Wir legen großen Wert auf Mehrfachnutzung und Wiederverwertung statt Neukauf bei Technik und Büroausstattung. Mit den meisten unserer Lieferanten und Dienstleister haben wir eine jahre- bzw. jahrzehntelange Geschäftsbeziehung. Festgelegte Richtlinien für die Beschaffung von Produkten haben wir derzeit noch nicht fixiert, handeln jedoch nach der beschriebenen und gelebten Praxis unter der Beachtung von vorhandenen Gütesiegeln der Lieferanten. Für unsere Mandatsträger haben wir einen Ehrenkodex entwickelt, der auf der Webseite öffentlich einsehbar ist:
https://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/partei/Verhaltensleitlinien.pdf

Wie werden soziale Risiken in der Zulieferkette überprüft bzw. evaluiert?

Eine gezielte Prüfung und Evaluierung findet derzeit (noch) nicht statt. Wir verlassen uns auf persönliche Bekanntheit sowie die vorhandenen Zertifizierungen unserer Lieferanten und Dienstleister. Insbesondere bei den Printprodukten arbeiten wir nahezu ausschließlich mit regionalen inhabergeführten Druckereien zusammen, die ihrer Sorgfaltspflicht im Umgang mit ihren Mitarbeitenden nachkommen sowie faire Bezahlung und Arbeitsbedingungen gewährleisten können und ihrer ökologischen Verantwortung nachkommen (z. B. eigene Photovoltaikanlagen zur Stromproduktion). Wir erwarten von unseren Lieferanten die Einhaltung des Lieferkettengesetzes bzw. des Lieferkettensorgfaltspflichtgesetzes. Hier sollen konkrete Möglichkeiten der Prüfung erarbeitet werden. Honorarverträge erfolgen nach einem Standard-Honorarvertrag.

Welche Zertifikate haben die zugekauften Produkte?

Die jeweiligen Zertifikate sind bei den einzelnen Produkten aufgeführt. Hierzu gehören u. a. FSC, Blauer Engel, Premium-PSO, Demeter, Bioland, EU-Ecolabel.

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

Fehlende Richtlinien für die Auftragsvergabe wurden identifiziert und daraufhin im Jahr 2023 in der Geschäftsordnung des ÖDP-Bundesvorstands (§ 9.2.4) soziale und ökologische Richtlinien für die Auftragsvergabe verbindlich verankert: Alle Angebote müssen unter Einhaltung von ethischen, gemeinwohlorientierten und ökologischen Gesichtspunkten eingeholt werden:

https://www.oedp.de/fileadmin/user_upload/bundesverband/partei/satzungen/GO-BuVo_2023_06_08.pdf

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Wir werden die Richtlinie für die Auftragsvergabe konkretisieren und die zu berücksichtigenden Aspekte benennen. Eine Liste mit Voraussetzungen für die Auftragsvergabe ist in Bearbeitung. Eine entsprechende Dokumentation soll die Transparenz erhöhen. Bei unseren Versicherungen sind wir gerade in der Umstellung auf nachhaltige Versicherungsgesellschaften. Für den Paketversand sind wir auf der Suche nach einer Alternative zu DPD.

A1 Negativaspekt: Verletzung der Menschenwürde in der Zulieferkette

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass die Menschenwürde in der Zulieferkette bei den wesentlichen Lieferantinnen und Lieferanten nicht verletzt wird?

Ja, wir können nach bestem Wissen und Gewissen bestätigen, dass die Menschenwürde in der Zulieferkette bei den wesentlichen Lieferantinnen und Lieferanten nicht verletzt wird.

A2 Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette

Berichtsfragen

Mit welchen Maßnahmen fordert und fördert das Unternehmen entlang der Zulieferkette einen fairen und solidarischen Umgang aller Beteiligten miteinander?

Als ausschließlich privatspenden- und beitragsfinanzierte Partei, ohne Konzernspenden, ist unsere Mitverantwortung bezüglich unserer Lieferantinnen und Lieferanten und deren Produkte – zumindest finanziell – eingeschränkt. Gerade deshalb achten wir bei der Auswahl unserer Geschäftspartner und deren Produkten auf die Achtung und Einhaltung unserer Grundwerte (faire Vertragsbedingungen, faire Bezahlung, umweltschonend). Dies erfolgt auch durch Sensibilisierung bei unseren Lieferantinnen und Lieferanten: z. B. werden bei Tagungen die Cateringfirmen auf vegetarische und vegane Verpflegung aus biologischem und regionalem Anbau verpflichtet. In persönlichen Gesprächen mit den Lieferantinnen und Lieferanten wird deren Lieferkette sondiert. Wir verweigern die Zusammenarbeit mit Lieferantinnen und Lieferanten, die Subunternehmen verpflichten und/oder Leiharbeiterinnen und -arbeiter beschäftigen. Wir arbeiten nahezu ausschließlich mit regionalen Firmen, die auch in Deutschland steuerpflichtig sind. Wir achten auf den Einsatz zertifizierter

Rohstoffe und Materialien. Ein wichtiges Kriterium für Beschaffung und Beauftragung ist bei uns die vorrangige Überprüfung der Notwendigkeit der Beschaffung.

Wie überprüft und sanktioniert das Unternehmen diesbezüglich eventuell vorhandene Risiken und Missstände?

Unsere Möglichkeiten der Kontrolle bei unseren Lieferantinnen und Lieferanten und deren Zulieferern sind begrenzt. Ein wichtiges Kriterium ist für uns das Vorhandensein von Zertifikaten und die Transparenz der Unternehmensphilosophie. Wir vertrauen auf die Angaben unserer Lieferantinnen und Lieferanten mit den wir bereits jahrelange Geschäftsbeziehungen pflegen. Die Einhaltung der DSGVO prüfen wir bei allen Geschäftspartnerinnen und -partnern.

Verpflichtende Indikatoren

Anteil der eingekauften Produkte und Rohwaren, die ein Label tragen, welches Solidarität und Gerechtigkeit berücksichtigt

Hierzu kann keine verlässliche Aussage getätigt werden.

Anteil der Lieferantinnen und Lieferanten, mit denen ein fairer und solidarischer Umgang mit Anspruchsgruppen thematisiert wurde bzw. die auf dieser Basis ausgewählt wurden

Wir versuchen, mit allen Lieferantinnen und Lieferanten diese Thematik zu besprechen. Sofern kein persönlicher Kontakt möglich ist, recherchieren wir z. B. bei Verbraucherzentralen, Umweltverbänden und Bewertungsportalen. Sofern eine bessere Alternative vorhanden ist, greifen wir auf diese zurück. Eine verlässliche prozentuale Aussage kann nicht getätigt werden.

Verbesserungspotenziale/Ziele:

- Eine gezielte Umfrage bei unseren Lieferantinnen und Lieferanten zu den Aspekten der Gemeinwohlabilanzierung, um zukünftig konkretere Aussagen treffen zu können.
- Gezielte Kriterien für die Bewertung der Lieferantinnen und Lieferanten sollten festgelegt und regelmäßig geprüft werden. Hier kann auch die Erfassung von Siegeln zu Arbeitsnormen etc. hilfreich sein.
- Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie die Mitglieder schulen, um Bewertungskriterien benennen und umsetzen zu können.
- Ein Leitfaden soll hierzu erstellt werden.

A2 Negativaspekt: Ausnutzung der Marktmacht gegenüber Lieferantinnen und Lieferanten

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette nicht verletzt sowie die Marktmacht bei den wesentlichen Lieferantinnen und Lieferanten nicht ausgenutzt werden?

Ja, wir können nach bestem Wissen und Gewissen bestätigen, dass die Solidarität und Gerechtigkeit in der Zulieferkette nicht verletzt sowie die Marktmacht bei wesentlichen Lieferantinnen und Lieferanten nicht ausgenutzt wird.

A3 Ökologische Nachhaltigkeit In der Zulieferkette

Berichtsfragen

Nach welchen Kriterien werden Rohware, Produkte und Dienstleistungen ausgewählt?

Die ÖDP berücksichtigt bei der Beschaffung von Produkten und Dienstleistungen soziale und ökologische Kriterien. Dies hat der Bundesvorstand schriftlich in seiner Geschäftsordnung (siehe oben, § 9.2.4 der Geschäftsordnung des Bundesvorstandes und der Leitung der Geschäftsstellen der ÖDP) fixiert und als Richtlinie herausgegeben. Generell setzen wir mehr auf Reparieren, Wiederverwerten (Schmierpapier auf Rückseite bedrucken) und auf gebrauchte Ausstattung denn auf Neukauf. Sowohl unser Kopierer als auch unsere Kuvertiermaschine sind Gebrauchtgeräte, viele Teile der technischen Ausstattung (Laptops, Monitore) werden refurbished angeschafft. Ab einem Auftragsvolumen von 1000,- € müssen mindestens zwei Vergleichsangebote eingeholt werden. Als nicht-produzierende Organisation verfügen wir nicht über die notwendige Marktmacht, um den Einsatz der Rohstoffe zu beeinflussen.

Wie werden ökologische Risiken in der Zulieferkette evaluiert?

Bisher findet aus Kapazitätsgründen keine Evaluierung statt, sie wird jedoch für die Zukunft angestrebt.

Welche ökologischen Kriterien werden bei der Auswahl der Produkte und Lieferantinnen/Lieferanten berücksichtigt?

Wir achten auf Wiederverwertbarkeit der Produkte und die Zertifizierung durch Umweltlabel. Wir setzen auf die Verwendung von Papierplakaten, die dem Recycling zugeführt werden können oder erneut genutzt werden können. Bei der Auswahl unserer Lieferantinnen und Lieferanten achten wir auf vorhandene Label, Zertifikate und insbesondere auf den persönlichen Kontakt und Eindruck. Generell gewichten wir soziale und ökologische Kriterien in Zusammenhang mit unseren ökonomischen Ressourcen, denn auch ein sorgsamer und verantwortungsvoller Umgang mit Spendengeldern ist gemeinwohlorientiert angezeigt.

Nach der neuen ÖDP-Geschäftsordnung (verabschiedet durch den Bundesvorstand im Mai 2023) müssen jedoch neben ökonomischen und sozialen auch ökologische Kriterien bei Auswahl und Vergabe von Aufträgen (zum Beispiel: Erstellung, Druck und Versand von Werbeflyern, Plakaten, Give-aways) berücksichtigt werden.

Welche Unterschiede gibt es zu den Mitbewerbern hinsichtlich ökologischem Einkauf?

Bedingt durch unseren finanziellen Rahmen und unsere Möglichkeiten setzen wir auf „Klasse statt Masse“. Bei unseren Mitbewerbern entsteht der Eindruck, dass es bei diesen eher umgekehrt funktioniert: Plakate an jedem Baum und jeder Laterne, gedruckt auf billigstem Papier und bei der billigsten Druckerei – Hauptsache „viel“. Wir haben den Anspruch, sowohl beim Produkt als auch bei Aussagen und Taten durch Qualität zu überzeugen. ÖDP-Mitglieder und Vorstände fahren Bahn und fliegen nicht. Bei allen Entscheidungen wird nach bestem Wissen und Gewissen die ökologische Auswirkung in die Entscheidungsfindung einbezogen. Richtlinien dazu existieren bislang nicht, sollen aber erarbeitet werden.

Verpflichtende Indikatoren

Anteil der eingekauften Produkte/Dienstleistungen, die ökologisch höherwertige Alternativen sind.

Sofern unsere finanziellen Möglichkeiten es erlauben, wählen wir in nahezu allen Fällen die höherwertige Alternative aus: Papier von Büro- und Werbematerial, Energieversorgung aus 100 % Ökostrom, Catering und Bewirtung immer bio, vegetarisch und vegan.

Verbesserungspotenziale/Ziele:

- Gezielt das ökologische Verhalten unserer Lieferanten vor Auftragsvergabe abfragen und als Auswahlkriterium fixieren.
- Fragenkatalog/Fragebogen für die Lieferantinnen und Lieferanten entwerfen.
- Richtlinien und Beschaffungskriterien entwerfen und auch die Gliederungen einbinden und darauf verpflichten.

A3 Negativaspekt: unverhältnismäßig hohe Umweltauswirkungen in der Zulieferkette

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass keine Produkte/Dienstleistungen zugekauft werden, die in der Lieferkette mit besonders hohen schädlichen Umweltauswirkungen einhergehen?

Ja, wir können bestätigen, dass nach bestem Wissen und Gewissen keine Produkte/Dienstleistungen zugekauft werden, die in der Lieferkette mit besonders hohen, schädlichen Umweltauswirkungen einhergehen.

A4 Transparenz und Mitentscheidung in der Zulieferkette

Berichtsfragen

Mit welchen Maßnahmen fordert und fördert das Unternehmen entlang der Zulieferkette einen transparenten und partizipativen Umgang aller Beteiligten miteinander?

Durch langjährige Partnerschaften mit Lieferantinnen und Lieferanten glauben wir, dass ein Einblick in die Unternehmensführung möglich ist. Bei vielen unserer Lieferantinnen und Lieferanten handelt es sich um kleine bis mittelständische, oft inhabergeführte Unternehmen. Im persönlichen Gespräch mit den Inhaberinnen/Inhabern oder Geschäftsführerinnen/Geschäftsführern, aber auch mit Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern erhält man einen Eindruck, wie der Umgang innerhalb des Unternehmens ist.

Wie prüft und sanktioniert das Unternehmen diesbezüglich eventuell vorhandene Risiken und Missstände?

Konkrete Prüfmaßnahmen haben wir aktuell noch nicht entworfen, möchten dies jedoch in Zukunft tun.

Verpflichtende Indikatoren

Anteil der eingekauften Produkte und Rohwaren, die ein Label tragen, welches Transparenz und Mitentscheidung berücksichtigt

Hierzu kann keine verlässliche Aussage getroffen werden.

Anteil der Lieferantinnen und Lieferanten, mit denen ein transparenter und partizipativer Umgang mit Anspruchsgruppen thematisiert wurde bzw. die auf dieser Basis ausgewählt wurden.

Hierzu kann keine verlässliche Aussage getroffen werden.

Verbesserungspotenziale/Ziele:

- Bei der Auswahl von Produkten und Dienstleistungen Transparenz und innerbetriebliche Partizipation abfragen und in die Kaufentscheidung einfließen lassen. Hierzu ggf. auch Fragebögen für die Lieferantinnen und Lieferanten erstellen.
- Eine Einkaufsrichtlinie erstellen.

- Lieferantinnen und Lieferanten gezielt nach Zertifizierungen fragen.
- Mit den Lieferantinnen und Lieferanten thematisieren, was in den nächsten Jahren an möglichen Einkäufen ansteht und mit ihnen Nachhaltigkeitsstrategien und Einkaufsbedingungen entwickeln.

B Eigentümerinnen/Eigentümer und Finanzpartnerinnen/-partner

B1 Ethische Haltung im Umgang mit Geldmitteln

Als Partei wirtschaften wir nicht gewinnorientiert. Da wir als Partei staatliche Förderung erhalten, fühlen wir uns zu besonderer Sorgfalt im Umgang mit den erhaltenen Steuergeldern verpflichtet.

Berichtsfragen

Welche unterschiedlichen Möglichkeiten des Gewinns von Eigenmitteln wurden überlegt?

Unsere Finanzierung basiert auf Mitgliedsbeiträgen, Spenden von Privatpersonen und der staatlichen Parteienfinanzierung. Staatliche Mittel erhält eine Partei nur, wenn Sie über ausreichend Anerkennung in der Gesellschaft verfügt. Als Maßstab für die Anerkennung einer Partei gelten die jeweils erreichten Wahlergebnisse. Spenden von juristischen Personen lehnen wir generell ab. Eine Erhöhung des Spendenvolumens durch projektbezogenes Fundraising wird bereits praktiziert.

Welche Formen und Anteile von Finanzierung durch Berührungsgruppen und/oder über Ethikbanken konnten umgesetzt werden? Wie können konventionelle Kredite abgelöst und Finanzrisiken verringert werden?

Wir verfügen über 100 % Eigenkapitalquote und sind somit nicht auf Fremdkapital und/oder konventionelle Kredite angewiesen. Durch die Ablehnung von Konzernspenden besteht keine Abhängigkeit von Großspendern oder Lobbyisten.

*Wie sind die Finanzpartner*innen in Bezug auf ethisch-nachhaltige Ausrichtung zu bewerten?*

Unsere alltäglichen Finanzangelegenheiten wickeln wir ausschließlich über unsere Partnerbanken ab. Hierzu verfügen wir über Konten bei der Bank für Sozialwirtschaft (eine der drei führenden Banken im Sozial- und Umweltsektor) und der VR-Bank Würzburg (regional verankert und genossenschaftlich organisiert).

Die ÖDP tätigt keine Investitionen in Fonds, Wertpapiere oder ähnliche Anlageformen. Unsere Überschüsse liegen auf den Geschäftskonten der oben genannten Finanzinstitute. Zusätzlich verfügen wir über eine siebenjährige Geldanlage bei der Umweltbank, die geringe Zinsen erwirtschaftet. Einen geringen Teil unserer Spenden (0,5 %) erhalten wir über den Finanzdienstleister PayPal, dessen ethisch-nachhaltige Ausrichtung wir zwar als verbesserungswürdig einschätzen, auf den wir aber mangels Alternativen angewiesen sind.

Unsere Ausgaben für Versicherungen betragen 0,5 % unserer Ausgaben. Die Versicherungsgesellschaften verfügen nicht über ausgeprägte Nachhaltigkeitsbemühungen. Die Altersvorsorge (betriebliche Rentenversicherung) unserer Mitarbeitenden erfolgt über die Debeka-Versicherung (genossenschaftlich organisiert). Diese berücksichtigt umfassende ESG-Kriterien (Environment, Social, Governance). Deren Kapitalanlagen erfüllen die Prinzipien „UN Global Compact“ und der UN International Labour Organization, der OECD-Leitlinie für multinationale Unternehmen und die Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte. Ebenso ist die Debeka Unterzeichner der „UN Principles for Responsible Investment“ und Mitglied der „Climate Action 100+“.

Verpflichtende Indikatoren

Anteil Eigenkapital in Prozent 100 %

Durchschnittlicher Eigenkapitalanteil der Branche

Im Bundestag vertretene Parteien verfügen über einen Eigenkapitalanteil zwischen 90 und 95 %, die sonstigen Parteien in der Regel ebenfalls über 100 % Eigenkapital.

Fremdfinanzierung, aufgeschlüsselt nach Finanzierungsart (Angaben in Tsd. EUR und in % vom Fremdkapital) 0 %

Verbesserungspotenziale/Ziele:

- Umstellung auf nachhaltige Alternativen bei den Geschäftsversicherungen.
- Wir werden darüber nachdenken, bei der VR-Bank nach der Möglichkeit der Einrichtung eines „Gemeinwohlkontos“ zu fragen und auch unsere Mitglieder und Gliederungen aufzufordern, bei ihrer Hausbank nach der Möglichkeit eines „Gemeinwohlkontos“ zu fragen.

B2 Soziale Haltung im Umgang mit Geldmitteln

Wie bereits erwähnt, arbeiten wir als Partei nicht gewinnorientiert. Erwirtschaftete Überschüsse fließen zu 100 % in die Rücklagen und werden in die Zweckerfüllung investiert.

Berichtsfragen

Welche notwendigen Zukunftsausgaben konnten ermittelt werden und wie weit sind ihre Deckung und zusätzliche Risikovorsorge möglich?

Laut Satzung sind wir verpflichtet, jährlich einen Haushaltsplan aufzustellen, der vom Parteitag genehmigt und beschlossen werden muss. Für zukünftige Ausgaben wird jährlich ein fünfjähriger Finanzplan erstellt, der ebenfalls vom Parteitag genehmigt und beschlossen wird. So können wir langfristig die Liquidität der Partei gewährleisten und Risiken rechtzeitig erkennen und gegensteuern.

Notwendige Zukunftsausgaben sehen wir in den Bereichen:

- Organisationsentwicklung
- Digitalisierung von Geschäftsprozessen
- Personal-Weiterbildungen
- erfolgreiche Teilnahme an Wahlen
- Schulungen von Mitgliedern und Funktionsträgern

Die Deckung dieser Zukunftsausgaben schätzen wir mit mehr als 90 % ein.

Welche Ansprüche stellen die Eigentümerinnen/Eigentümer an Kapitalerträge mit welcher Begründung?

Als Partei gehört unsere Organisation juristisch gesehen sich selbst. Unsere Mitglieder sind die Eigentümerinnen bzw. Eigentümer der Partei und haben keine Ansprüche auf Kapitalerträge. Unsere Untergliederungen (Landes- und Kreisverbände) erhalten solidarisch und nach in der Satzung verankerten Regeln Anteile an unseren Einnahmen.

Verpflichtende Indikatoren

Mittelüberschuss aus laufender Geschäftstätigkeit	-31.322,65 Euro
Gesamtbedarf Zukunftsausgaben	125 Tsd. Euro
Getätigte/r strategischer Aufwand/strategische Ausgaben	55 Tsd. Euro
Anlagenzugänge	0 Euro
Zuführung zu Rücklagen (nicht entnommener Gewinn)	0 Euro
Auszuschüttende Kapitalerträge	0 Tsd. EUR, 0 % vom Stamm- oder Grundkapital

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

Jährlicher Haushaltsplan und langfristige Finanzplanung

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Konsolidierung der Ausgaben und bestmögliche Erhöhung der Einnahmen, damit keine Verluste erwirtschaftet werden.

B2 Negativaspekt: unfaire Verteilung von Geldmitteln

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass die Verteilung von Geldmitteln trotz stabiler Gewinnlage fair erfolgt?

Ja, wir können bestätigen, dass die Verteilung von Geldmitteln trotz stabiler Gewinnlage nach bestem Wissen und Gewissen fair erfolgt.

B3 Sozial-ökologische Investitionen und Mittelverwendung

Unsere Finanzmittel verwalten wir ausschließlich auf oben genannten Girokonten, so dass keine sozial-ökologischen Investitionen außerhalb der Partei erfolgen.

Innerhalb der Partei verteilen wir vorhandene Gelder nach sozial-ökologischen Gesichtspunkten. Fördermittel für unsere Gliederungen werden nach Sinnhaftigkeit, Erfolgspotenzial und nach Vorlage eines Gesamtkonzepts unter Berücksichtigung von Nachhaltigkeit, Sparsamkeit und ökologischen Kriterien vergeben. Wir unterstützen außerhalb der eigenen Gliederungen Verbände und NPOs bei der Umsetzung entsprechender Projekte, z. B. eine gemeinsame Klage mit der Grünen Liga e. V. gegen die Ansiedlung von Tesla in Grünheide.

Berichtsfragen

Welche Investitionen in eigene Anlagen haben ökologisches Verbesserungspotenzial?

Wir können kein Verbesserungspotenzial evaluieren, da wir aus eigener Sicht bereits unsere Möglichkeiten ausschöpfen. Die Reduzierung unseres eigenen ökologischen Fußabdrucks hat immer Verbesserungspotenzial und wird im laufenden Geschäftsbetrieb nach bestem Wissen und Gewissen angestrebt und umgesetzt.

Welche Mittel werden für die Realisierung benötigt und welche Förderprogramme können genutzt werden?

Keine.

Welche Investitionen wurden / werden konkret vorgenommenen?

Wir unterstützen und finanzieren unsere Jugendorganisation, die jährlich ein Festival zur politischen Bildung junger Menschen organisiert. Wie bereits in B2 dargestellt, investieren wir in Schulungen unserer Mitglieder, Funktions- und Mandatsträger/-innen sowie in Fortbildungen unserer Mitarbeitenden.

In welchem Ausmaß beteiligt sich das Unternehmen an Finanzierungsformen sozial-ökologischer Projekte?

Unsere Gliederungen unterstützen wir mit Zuschüssen bei der Finanzierung von Volksbegehren, wie z. B. das von unserem Landesverband Bayern initiierte Volksbegehren „Artenschutz – Rettet die Bienen“. Wir unterstützten die Europäische Bürgerinitiative „We save bees“. Immer wieder beteiligen wir uns finanziell an sozialen oder ökologischen Aktionen anderer Organisationen. So haben wir z. B. gemeinsam mit der Grünen Liga gegen die Ansiedlung von Tesla in Brandenburg geklagt, vor einigen Jahren haben wir das Monsanto-Tribunal finanziell unterstützt.

Verpflichtende Indikatoren

Investitionsplan inkl. ökologischer Sanierungsbedarf	0 Euro
Realisierung der ökologischen Investitionen	0 Euro
Finanzierte Projekte	30 Tsd. Euro
Fonds-Veranlagungen	0 Euro

B3 Negativaspekt: Abhängigkeit von ökologisch bedenklichen Ressourcen

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass das Geschäftsmodell nicht auf ökologisch bedenklichen Ressourcen aufbaut oder dass zumindest eine mittelfristige Ausstiegsstrategie verfolgt wird?

Ja, wir können bestätigen, dass das Geschäftsmodell nicht auf ökologisch bedenklichen Ressourcen aufbaut.

B4 Eigentum und Mitentscheidung

Berichtsfragen

Wer sind die Eigentümerinnen/Eigentümer, über welche Anteile verfügen sie, welche Rechte, Pflichten und Haftungen folgen daraus?

Die Mitglieder der Partei sind die Eigentümer. Die Partei gehört quasi sich selbst. Die Rechte und Pflichten der Mitglieder sind in unserer Satzung und deren Nebenordnungen geregelt: <https://www.oedp.de/partei/satzungen-und-geschaeftsordnungen>

Der Bundesvorstand führt die Geschäfte der Partei.

Welche Form von Mitentscheidung und Eigentumsbeteiligung konnte gefunden werden?

Unsere Satzung und deren Nebenordnungen regeln die Mitentscheidung der Mitglieder, Gremien oder Untergliederungen der Partei. Der Bundesparteitag ist oberstes Organ, trifft Entscheidungen und kontrolliert den Bundesvorstand als ausführendes Organ. Der jährliche Finanz- und Tätigkeitsbericht wird dem Parteitag zur Kontrolle vorgelegt. Es findet zusätzlich zur Prüfung durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft eine interne Rechnungsprüfung statt. Die gewählten Rechnungsprüfer berichten dem Parteitag. Eine öffentliche Rechnungslegung findet jährlich mit Veröffentlichung der Rechenschaftsberichte aller Parteien durch die Bundestagsverwaltung statt.

Wie werden transparente Entscheidungsgrundlagen für alle Eigentümerinnen/Eigentümer gesichert und wie wird die neue Gemeinschaft auf diese Aufgaben vorbereitet?

Neben den formell stattfindenden und protokollierten Mitgliederversammlungen finden regelmäßig parteiöffentliche Vorstandssitzungen statt, an denen jedes Mitglied teilnahmeberechtigt ist. Beschlüsse des Vorstands und der Gremien werden zeitnah auf unserer internen Mitgliederplattform veröffentlicht und sind für jedes Mitglied einsehbar. Die Umsetzung der gefassten Beschlüsse erfolgt durch die hauptamtlich beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Wie hat sich die Eigentümerstruktur in den letzten Jahren entwickelt und wie wird die Veränderung abgesichert?

Unsere Mitgliederzahlen sind in der Regel sehr stabil und bewegen sich in den letzten Jahren zwischen rund 7.500 und 8.000 Mitgliedern. Dennoch haben wir eine jährliche Fluktuation durch Austritte und eine entsprechende Anzahl von Neueintritten. Eine beachtliche Zahl von Mitgliedern ist seit mehr als 25 Jahren Mitglied der Partei. Rund 50 % der Mitgliederschaft hat sich in den vergangenen zehn Jahren erneuert.

Verpflichtende Indikatoren

Wie verteilt sich das Eigenkapital in Prozent auf (Eigenkapitalstruktur in %, jeweils von 0 bis 100%): Mitglieder 100 %

B4 Negativaspekt: feindliche Übernahme

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass keine feindlichen Übernahmen erfolgt sind?

Ja, wir können bestätigen, dass keine feindlichen Übernahmen erfolgt sind.

C Mitarbeitende

C1 Menschenwürde am Arbeitsplatz

Grundsätzliches

Die Struktur der Mitarbeitenden in der Partei kann in vier Kategorien aufgeteilt werden: sozialversicherungspflichtige Beschäftigte in Voll- und Teilzeit, freie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie Ehrenamtliche.

	Gesamt	Männlich	Weiblich	Divers/k. Ang.
Vollzeit	6	3	3	
Teilzeit	7	4	3	
Freie Mitarbeit	3	2	1	
Ehrenamtlich				

Gerade die Mitglieder, welche sich ehrenamtlich engagieren (Ehrenamtliche), sind eine tragende Säule der ÖDP. Jedoch ist es genau diese Mitarbeitergruppe, welche bisher wenig bis gar nicht in der Betrachtung als Mitarbeitende aufgetaucht ist. Dies ist der Grund, warum wir für diesen GWÖ-Prozess zum ersten Mal eine gezielte Umfrage unter den Mitarbeitenden gemacht haben, bei der die Ehrenamtlichen einbezogen waren. Daher liegen auch keine Vergleichszahlen vor und es kann auch keine Einordnung in irgendeiner Weise erfolgen.

Weiterhin stellt die Struktur der Arbeitsplätze in der ÖDP eine Besonderheit dar: Zwei Vollzeitmitarbeiter erledigen ihre Tätigkeiten fast überwiegend von zuhause aus. Dies trifft auch auf eine Teilzeitkraft zu. Ein Vollzeitmitarbeiter wechselt zwischen Home-Office und Büro nach eigener Entscheidung. Die anderen Mitarbeitenden können, wo immer dies möglich ist, ebenfalls von zuhause arbeiten. Eine generelle Herausforderung für die Mitarbeitenden ist systemischer bzw. struktureller Art: Durch in der Regel alle zwei Jahre erfolgende Wahlen des Bundesvorstands und damit ggf. einer oder eines neuen Bundesvorsitzenden kann es zu relativ häufigen Veränderungen des disziplinarischen Vorgesetzten kommen. Dies erschwert ein langfristig aufzubauendes Vertrauensverhältnis. So kann es vorkommen, dass nach negativen Erfahrungen mit einem Bundesvorstand der nachfolgende zuerst argwöhnisch betrachtet wird. Auch unterschiedliche Führungsstile erschweren es letztlich den Mitarbeitenden, sich auf eine kontinuierliche Zusammenarbeit einzustellen. Ein Schwachpunkt der Vergangenheit in diesem Bereich war die unkoordinierte Übergabe von einem Vorstand an den nächsten,

da dieser Prozess bisher nicht geregelt war. Dies wurde im jetzigen Bundesvorstand in Form eines extra eingeführten Paragraphen in der Geschäftsordnung geändert. Diese neue Geschäftsordnung des Bundesvorstands sollte im Bereich Mitarbeitende noch konkreter werden und um eine aktuelle Stellenbeschreibung, aktuelle Arbeitsbedingungen und Problembereiche ergänzt werden. Die Mitarbeitenden sollten im Vorfeld einer Übergabe weitestgehend über diesen Bereich informiert werden. Hinzu kommt, dass durch Vorstandswechsel immer wieder Änderungen in der Strategie und Organisation vorgenommen werden. Hauptsächlich langjährige Mitarbeitende erleben hier ein Déjà-vu.

Durch die unterschiedlichen Örtlichkeiten, an denen die wenigen hauptamtlichen Mitarbeitenden tätig sind, ergeben sich besondere Herausforderungen. Zwar wird durch 14-tägige Videokonferenzen, in welchen auch inhaltlich von den Bundesvorstandssitzungen berichtet wird, ersetzt dies doch nicht das Gespräch bei einem Kaffee an der Kaffeemaschine, welches für ein innerbetriebliches Klima wichtig ist. Eine Kommunikation am Telefon, per Mail oder Videokonferenz kann dies nicht ersetzen. Dies alles betrifft in erster Linie die Voll- und Teilzeitmitarbeitenden. Etwas weniger sind die freien Mitarbeitenden davon tangiert.

Eine eigenständige Art von Mitarbeitenden sind die Ehrenamtlichen. Auf deren Arbeit hat der Bundesvorstand fast keinen Einfluss. Die Ehrenamtlichen teilen ihre Arbeit komplett frei ein. Einzig grobe gesetzliche Vorgaben takten die Arbeit von ihnen langfristig. Dies sind z. B. gesetzlich geregelte Versammlungen und Parteitage, zu organisierende Wahlen und dergleichen mehr. Ferner können die Ehrenamtlichen selbst Veranstaltungen oder Aktionen organisieren, sich thematisch in 17 Bundesarbeitskreise einbringen oder sich in Parteigremien wählen lassen. Diese Parteiorgane sind der Bundesvorstand (13 Personen), die Bundesprogrammkommission (6 Personen), die Bundessatzungskommission (5 Personen) und das Bundesschiedsgericht (3 Personen). Darüber hinaus können sich die Mitglieder als Delegierte für den Bundesparteitag (zuletzt 281 Personen) oder Bundeshauptausschuss (zuletzt 43 Personen) wählen lassen und dort besonders für die Tätigkeit in den Präsidien zur Leitung der Veranstaltungen. Alle fünf Jahre findet zusätzlich eine Aufstellungsversammlung (zuletzt 154 Personen) für die EU-Wahl statt. Dazu kommen quartalsweise Bund-Länder-Rat-Sitzungen, an denen die Mitglieder der Landesvorstände und des Bundesvorstands teilnehmen können. Somit sind auch die Landesvorstände partiell in die Bundesarbeit integriert. Innerhalb des Bundesvorstands gibt es noch 16 Teams, in denen sich auch andere Mitarbeitende und Mitglieder mit entsprechender Expertise einbringen können. **Die Struktur einer Partei stellt mitarbeiterbezogen eine besondere Herausforderung in der Berichterstattung dar.** Es gibt eine systemische Zweiteilung der Mitarbeiterstruktur. Daher werden die

Unterkapitel zweiteilig beschrieben. Der Hauptbereich, für die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten und die freien Mitarbeitenden, sprich die Weisungsgebundenen, werden unter dem Teil Römisch I und die Ehrenamtlichen unter Römisch II beschrieben.

Zudem soll abschließend an dieser Stelle noch auf eine weitere Sondersituation hingewiesen werden: Einzelne Angestellte oder freie Mitarbeitende sind gleichzeitig auch noch als Ehrenamtliche für die Partei tätig. Dies führt situativ zu manch unklaren Situationen, da nicht immer deutlich wird, in welcher Position der Mensch gerade spricht und welche Rolle im Augenblick prägend für eine Aussage ist: die eines Mitglieds – evtl. in einer gewählten Position – oder die eines Angestellten. Allgemein ist die finanzielle Lage noch anzusprechen, die durch die Rückzahlung eines hohen Betrags an die Bundestagsverwaltung angespannt ist und sich damit auch auf die Personalsituation auswirkt. Es kann daher die Mitarbeitersituation nicht in der Form verbessert werden, dass eine Entlastung der bestehenden Mitarbeiter erfolgen würde. Im Rahmen der begrenzten Möglichkeiten wird jedoch versucht, die Arbeitsplatzsituation in der Bundesgeschäftsstelle (BGSt) zu verbessern. Ein Beitrag ist die Ermöglichung des Home-Office. In Puncto Diversität kann die ÖDP sich als vorbildlich bezeichnen. Nicht nur, dass wir die Gleichstellung aller Menschen im Grundsatzprogramm (<https://www.oedp.de/programm/grundsatzprogramm>) verankert haben, sondern wir leben sie auch. Es gibt trotz der geringen Anzahl an Beschäftigten Mitarbeitende, die beeinträchtigt sind. Bei Lokalitäten für Parteiveranstaltungen wird darauf geachtet, dass dort auch Ehrenamtliche und Menschen mit körperlichen Beeinträchtigungen teilnehmen können. Auch die sexuelle Orientierung oder die Religionszugehörigkeit sind kein Kriterium bei der Auswahl von Mitarbeitenden.

Berichtsfragen

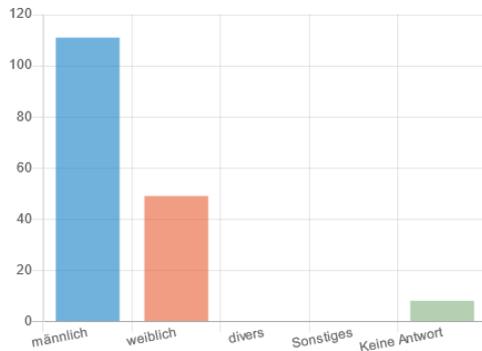
Wie kann die Unternehmenskultur im Unternehmen beschrieben werden?

Welche Maßnahmen wurden zu betrieblicher Gesundheitsförderung und Arbeitsschutz umgesetzt und wie werden sie evaluiert?

Bedingt durch den Wechsel im Vorstand ist über die Vergangenheit in Bezug auf diese Frage nicht viel bekannt. Der neue Vorstand setzt sich ca. halbjährlich mit den Mitarbeitenden in der Geschäftsstelle zusammen, um verschiedene Themen seitens dieser aufzugreifen und zu diskutieren. Hier wird speziell auf die Arbeitsbedingungen eingegangen – u. a. in den Bereichen Arbeitsbelastung und Arbeitsplatzgestaltung. Die Anregungen der Mitarbeitenden werden sehr ernst genommen und Überlegungen angestellt, wie eine Verbesserung herbeigeführt werden kann. Dadurch wurde die Reinigungskraft ausgetauscht, eine Renovierung der Geschäftsstelle angedacht und vorbereitet und dergleichen mehr.

Welche Rolle spielt Diversität bei der Aufnahme von sowie im Umgang mit Mitarbeitenden und welche Betriebsvereinbarungen bzw. Maßnahmen gibt es bereits?

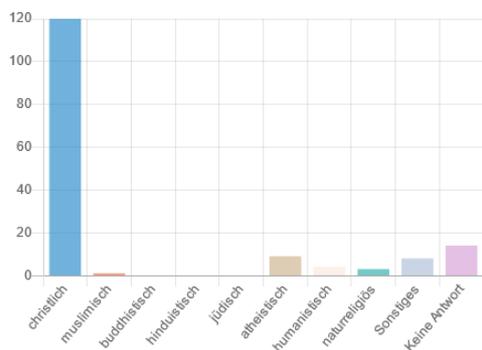
Im Rahmen der Berichterstellung wurde eine Umfrage unter allen Mitarbeitenden, auch den Ehrenamtlichen, durchgeführt. Das Ergebnis hierzu ist wie folgt:



Männlich: 111
 Weiblich: 49
 Keine Antwort: 8
 (die Geschlechterverteilung in der ÖDP beträgt nach Auswertung in der Mitgliederverwaltung zum 31.12.2022: 56,9 % männlich, 43,1 % weiblich)

Seit dem 60. Bundesparteitag im April 2022 gibt es einen Bundesarbeitskreis (BAK) „Queer“, der sich speziell mit dieser Thematik auseinandersetzt. Dadurch sind manche Problemfelder zu Tage getreten, welche zuvor zwar vermutet worden, aber eben nicht sichtbar waren. Anfänglich waren in diesem BAK bis zu 30 Personen aktiv, durch noch genau zu eruiierende Vorgänge sind es jetzt nur noch eine Handvoll. Hier besteht Handlungsbedarf und in erster Linie die Notwendigkeit zur Aufklärung. Unter Umständen korreliert die Problematik damit, dass die ÖDP eine tendenziell wertkonservative Klientel anspricht.

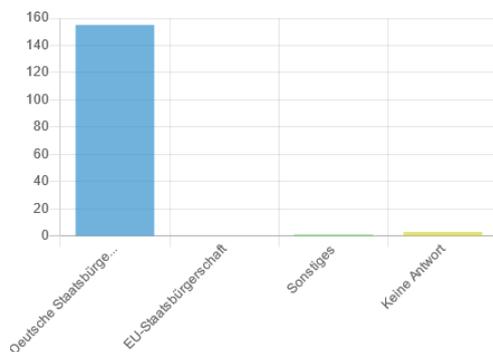
Im Bereich der Glaubenszugehörigkeit ergibt sich ein etwas **diverseres Bild**.



Christ: 120
 Muslim: 1
 Atheist: 9
 Humanist: 4
 Naturalist: 3
 Sonstige: 8
 Keine Antwort: 14

Aus diesem diversen Ergebnis im Verhältnis zur sexuellen Orientierung kann geschlossen werden, dass es in der ÖDP wenige bis keine Probleme in Bezug auf die religiöse bzw. weltanschauliche Orientierung gibt.

Bei den Nationalitäten ergibt sich ein sehr eindeutiges Bild: Abgesehen von einem Mitarbeitenden mit einer Nicht-EU-Staatsbürgerschaft und drei Personen, die keine Antwort gaben, verfügen offenbar die meisten über eine deutsche Staatsbürgerschaft. Unter den Teilnehmenden der Umfrage wurde auch das Alter abgefragt: Dies reichte von 16 Jahren bis zu 82 Jahren. 155 haben ihr Alter eingetragen. Der Mittelwert daraus beträgt 55,2 Jahre.



Verpflichtende Indikatoren

Durchschnittliche Betriebszugehörigkeit

Im Jahre 2022 betrug die durchschnittliche Betriebszugehörigkeit bei den 13 festangestellten Mitarbeitenden 6,3 Jahre.

Bei der Umfrage unter alle Mitarbeitenden, sowohl angestellt als auch ehrenamtlich, ergab sich eine mit der Mitarbeit korrelierende durchschnittliche Zeit des Engagements von 12,6 Jahren. 154 Teilnehmende haben diese Frage beantwortet und aus den Antworten wurde der Durchschnitt errechnet. Das Spektrum reichte hier von 0 Jahren bis zu 36 Jahren.

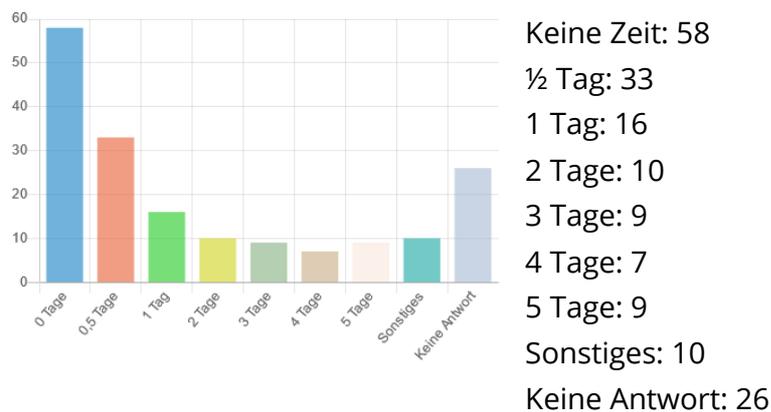
Angebot und in Anspruch genommene Entwicklungsmöglichkeiten (fachlich und persönlich) in Stunden pro Mitarbeitenden bzw. nach Führungsebene

Mitarbeitenden wird eine bedarfsorientierte Weiterbildung angeboten, wobei die Vorschläge zur Fortbildung meist von den Mitarbeitenden selbst kommen. Ablehnende Bescheide sind nicht bekannt. Im Falle von Neuerungen allgemeiner Art werden ebenfalls Weiterbildungen angeboten. Im Jahr 2022 stand für die festangestellten Mitarbeitenden ein Budget von 4.000 € zur Verfügung. In Anspruch genommen wurden 1.550,10 €.

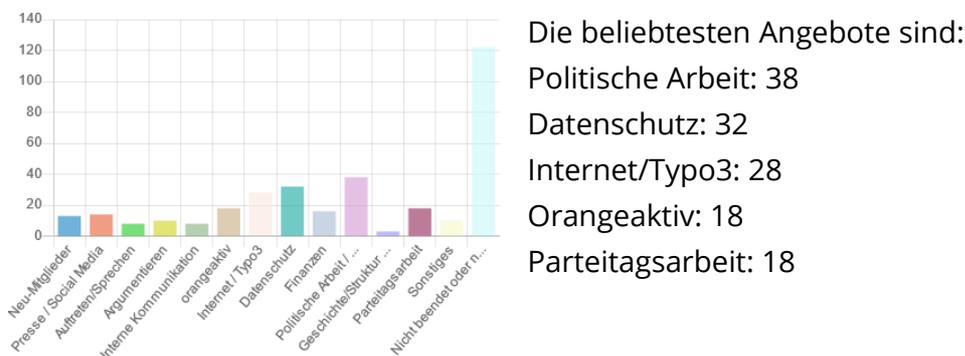
Eine sehr wichtige und daher auch umfangreicher analysierte Fragestellung für die Ehrenamtlichen sind Weiterbildungen und Schulungen. So wurde als Erstes gefragt, wie viele Informationsveranstaltungen bzw. Schulungen sie in den letzten zwei Jahren besucht haben:



Darüber hinaus haben wir den zeitlichen Aufwand abgefragt, mit dem die Mitarbeitenden in den letzten beiden Jahren Informations- oder Schulungsveranstaltungen besucht haben. Im Schnitt waren es 0,6 Tage. Das folgende Schaubild verdeutlicht dies:



Zudem wurde noch abgefragt, welcher Art diese Veranstaltungen waren. Im Durchschnitt waren dies 3,6 Veranstaltungen. Die Grafik hierzu:



Gesundheits-/Krankenquote (in Abhängigkeit der demographischen Verteilung), Anzahl der Tage, an denen Mitarbeitende trotz Krankheit in den Betrieb kommen

Die Auswertung der Krankheitsquote ergab für das Jahr 2022:

Alter unter 30: 3 Tage bei 1 Mitarbeitenden

Alter bis 40: 34 Tage bei 3 Mitarbeitenden

Alter bis 50: 11 Tage bei 3 Mitarbeitenden

Alter über 50: 56 Tage bei 5 Mitarbeitenden

Alter über 60: 39 Tage bei 1 Mitarbeitenden

Eine Antwort auf den zweiten Teil der Fragestellung kann nicht gegeben werden.

Anzahl und Ausmaß der Betriebsunfälle

Bei den Festangestellten gab es im Berichtszeitraum keinen Betriebsunfall.

Bei den Ehrenamtlichen wurde die Frage allgemeiner ohne Zeitbezug gestellt. Demnach gaben 8 von 144 Personen, die die Frage beantworteten, einen Unfall in Zusammenhang mit ihrer Parteilarbeit an.

In Anspruch genommene Angebote im Bereich Gesundheit / Diversität: Inhalte + Anzahl der Stunden pro Mitarbeitenden

keine

Demografische Verteilung der Mitarbeitenden des Unternehmens im Hinblick auf Dimensionen der Diversität (zumindest nach den Kerndimensionen von Diversität: Alter, Geschlecht, Ethnie, körperliche / psychische Einschränkungen, sexuelle Orientierung, Religion – sofern erhebbar und relevant)

siehe oben

durchschnittliche Karenzdauer von Vätern-/Müttern in Monaten

nicht zutreffend

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

Während des Berichtszeitraums gab es noch Einschränkungen durch die Corona-Vorgaben. Dies wurde zum Anlass genommen, den Mitarbeitenden mehr Home-Office zu ermöglichen. Die Einschränkungen der Teilnahme von Mitarbeitenden an den Bundesvorstandssitzungen wurden teilweise wieder zurückgenommen. Dafür wurden 14-tägige Mitarbeitervideokonferenzen während der Arbeitszeit eingeführt bzw. ausgeweitet, um die Kommunikation zu verbessern.

Während der Pandemie wurde durch Einführung des Videokonferenzsystems BigBlueButton (BBB) die Möglichkeit geschaffen, sich unabhängig vom jeweiligen Ort stärker in die Partei einzubringen. Selbst ein Bundesparteitag wurde online abgehalten und damit Ehrenamtlichen ermöglicht, von zuhause daran teilzunehmen. Zudem wurde die Ausrüstung für die Live-Übertragung von Parteitag besorgt und damit erste Erfahrungen gemacht. Insgesamt dienen diese Angebote dazu, dass Ehrenamtliche vermehrt live an Parteiveranstaltungen teilnehmen können. Außerdem können alle Gliederungen der Partei diese Technik kostenlos nutzen.

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Es wird in Würzburg nach anderen Räumlichkeiten gesucht, welche ein besseres Raumklima für die Mitarbeitenden bieten. Durch bessere Kenntnis der Arbeitsaufgaben und der Zeitaufwendungen dafür soll versucht werden, eine gezielte Aufgaben- und Verantwortungszuweisung umzusetzen. Störungen während anspruchsvollen Arbeiten sollen durch eine Einschränkung der Telefonzeiten vermieden werden. Bei den Ehrenamtlichen könnte eine laufende quantitative Erfassung der geleisteten Arbeitsstunden angedacht werden.

Weiterbildungsmaßnahmen können ausgebaut werden. Diese dienen den Mitarbeitenden wie auch den Ehrenamtlichen dazu, ihre Fähigkeiten und Qualifikationen zu verbessern. Gerade im Gesundheitsbereich gäbe es die Möglichkeit, durch die Begutachtung der Arbeitsplätze eine Verbesserung herbeiführen zu können.

C1 Negativaspekt: menschenunwürdige Arbeitsbedingungen

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass keine Strukturen, Verhaltensweisen oder Teilaspekte erfüllt werden, die menschenunwürdige Arbeitsbedingungen unterstützen?

Falls nicht, ist dieser Negativaspekt nach Vollbilanz zu berichten.

Negativ ist derzeit bei den Arbeitsplatzbedingungen, welche im Verantwortungsbereich der ÖDP liegen, dass bei sommerlichen Temperaturen in der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg ein stickiges, unangenehmes Raumklima vorliegt, welches derzeit nur mittels Ventilatoren etwas verbessert werden kann.

Während der heißen Wahlkampfperiode in Juli/August/September 2021 wurden sehr große Mengen Plakate an die Geschäftsstelle in Würzburg geliefert. Es wurde von den Mitarbeitenden erwartet, dass sie die Pakete teilweise in die Geschäftsstelle trugen, und dass sie die Geschäftsstelle, die als Office dient, mehrere Wochen lang mit großen, gestapelten Paketen teilten. Diese stanken, da sie teilweise in Kunststoff verschweißt waren, und sorgten für ein unangenehmes Klima.

Im Berichtszeitraum wurde verbessert:

Den Mitarbeitenden wurde zugehört und es wurde ihnen zugesichert, dass dies nicht wieder vorkommen wird.

C2 Ausgestaltung der Arbeitsverträge

Berichtsfragen

Wie stellt die Organisation sicher, dass allen Mitarbeitenden ein an regionale Lebenshaltungskosten angepasster „lebenswürdiger Verdienst“ zusteht?

Durch die Befragung der hauptamtlich Mitarbeitenden ergab sich ein besserer Einblick in die persönliche Selbsteinschätzung in Bezug auf einen „lebenswürdigen Verdienst“. Diese Befragungen sollen regelmäßig wiederholt werden.

Eine Mitarbeitende gab an, dass der Verdienst nicht lebenswürdig sei. Dies bestätigte sich für ihre Region durch eine Nachfrage beim Landratsamt Würzburg. Für die Region Würzburg kann als „lebenswürdiger Verdienst“ ein Nettoeinkommen für Singles von 1.800 € angenommen werden.

Ein anderer Mitarbeitender gab an, dass die Anpassung der Arbeitszeit zu einem lebenswürdigen Verdienst geführt hätte.

Alle anderen gaben an, einen regional lebenswürdigen Verdienst zu haben.

Welche Möglichkeiten gibt es in der Organisation, den Verdienst selbstorganisiert zu bestimmen?

In Ausnahmefällen können, bei einer entsprechen hohen und genehmigten Anzahl an Überstunden, diese in Form einer Auszahlung zu einem höheren Verdienst führen. Überdurchschnittliches Engagement, Zuverlässigkeit und dergleichen können zu Sonderzahlungen führen. Wobei die Grenzen hierfür sehr eng sind. Der Bundesvorstand muss im Rahmen der engen finanziellen Möglichkeiten der ÖDP immer eine Einzelfallentscheidung treffen.

Wie werden Arbeitszeiten in der Organisation erfasst und Arbeitslasten verteilt? Welche Rolle spielen Überstunden für den Erfolg der Organisation?

Mitarbeitende erfassen ihre Arbeitszeit mittels einer Excel-Tabelle oder in den Geschäftsstellen Würzburg und Mainz via Stechkarte.

Wie können die Möglichkeiten der Mitarbeitenden zur gesellschaftlichen Teilhabe erweitert werden?

Alle Mitarbeitenden können Mitglied in der Partei werden. Wenn diese sich dann zu Delegierten wählen lassen, haben sie die Möglichkeit, die Ziele der Partei und interne Vorgänge aktiv mit zu beeinflussen.

Welche Möglichkeiten gibt es in der Organisation, die Arbeitszeit selbstorganisiert zu bestimmen? Welche Arbeitsmodelle werden in der Organisation angeboten?

Die im Home-Office tätigen Mitarbeitenden haben nach Absprache mit den Dienstvorgesetzten eine relativ freie Zeiteinteilung, wobei es eine Kernarbeitszeit gibt (siehe unten), welche aber eigenverantwortlich immer wieder abgeändert wird. Im Bereich der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg wird Wert auf die Besetzung während der bekanntgegebenen Sprechzeiten gelegt. Die Anwesenheit einer Mitarbeiterin während dieser Zeit wird erwartet. Ansonsten organisieren die Mitarbeiterinnen in der Bundesgeschäftsstelle ihre Arbeitszeiten in einem Zeitkorridor weitgehend selbst.

Welche Maßnahmen gibt es in der Organisation, um eine Work-Life-Balance zu gewährleisten?

Die ÖDP gewährt den Mitarbeitenden je nach Arbeitsplatz eine weitgehend hohe Flexibilität in der Arbeitszeit. Diese wird durch interne Absprachen unter den Mitarbeitenden weitestgehend selbst geregelt.

Verpflichtende Indikatoren

Höchst- und Mindestverdienst (innerbetriebliche Spreizung)

Höchstverdienst 4.840,18 €, Mindestverdienst 1.754,48 €, Spreizung 1:2,7

Medianverdienst

2.429,70 €

Standortabhängiger "lebenswürdiger Verdienst" (für alle Betriebsstandorte)

siehe oben

Unternehmensweit definierte Wochenarbeitszeit (z. B. 38 Stunden)

Die Wochenarbeitszeit bei Vollzeit-Beschäftigten beträgt 35 Wochenstunden

Tatsächlich geleistete Überstunden

Einzig von einem Mitarbeitenden wurden im Jahr 2022 51,5 Überstunden aufgebaut. Alle anderen haben Überstunden abgebaut, welche hauptsächlich aus dem Bundestagswahlkampf 2021 resultierten. Insgesamt ist der notwendige Arbeitsaufwand je nach Tätigkeitsfeld der Mitarbeitenden periodisch. Allgemein steigt er im Zusammenhang mit Parteitagern moderat und mit bundesweiten Wahlen sehr deutlich. Hier wird von den Mitarbeitenden eine hohe Flexibilität und Bereitschaft zur Mehrarbeit gefordert.

Zu keinem Zeitpunkt wurden Mitarbeitende unterhalb des gültigen Mindestlohns bezahlt. Dadurch dass die ÖDP als kleine Partei sehr stark ehrenamtlich geführt wird und nur die/der Vorsitzende eine Aufwandsentschädigungspauschale in Höhe von 2.500 Euro (beschlossen vom Bundeshauptausschuss) erhält, ist die Spreizung des Verdienstes der Mitarbeitenden, bezogen auf eine Vollzeitstelle, gering und unterhalb eines Verhältnisses von 1:2,7. Dabei spielen bei der Spreizung die Dauer der Betriebszugehörigkeit und aus alten Tarifverträgen resultierende Unterschiede die größte Rolle.

Gerade für unsere Ehrenamtlichen besteht eine hohe flexible Beteiligungsmöglichkeit. Sie übernehmen zum Teil wichtige Aufgaben wie z. B die Moderation von Beiträgen im Forum unserer parteiinternen Online-Plattform „orangeaktiv“. Gerade dieses ÖDP-interne Austauschportal wird wesentlich von einem Ehrenamtlichen administriert und programmtechnisch weiterentwickelt. Unsere Abfrage zu den Zeitaufwendungen auf den Ebenen der unterschiedlichen Verbände wurde wie folgt beantwortet:

Ebene	Anzahl Ehrenamtlicher	Gesamtstunden/Woche
Bundesverband	59	144,7 h
Landesverband	63	150,2 h
Bezirksverband	48	51 h
Kreisverband	98	368,6h
Ortsverband	59	68 h

Damit ergibt sich rein auf Bundesebene ein Vollzeitäquivalent von über 4 Arbeitsplätzen. Über alle Verbände hinweg ergibt sich eine Arbeitsleistung von 782,5 Wochenstunden, was in Summe über 22 Vollarbeitsplätzen entspricht. Da sich jedoch bei Weitem nicht alle Ehrenamtlichen an der Umfrage beteiligt haben, kann mit einer erheblich höheren Zahl an ehrenamtlich geleisteten Stunden für die ÖDP gerechnet werden.

Auch im Rahmen von Vorträgen – online wie offline – bringen sich Ehrenamtliche aktiv mit ihrer Expertise ein. Ohne Ehrenamtliche wären Bundesparteitage und dergleichen nicht durchführbar (das Präsidium und die Wahlausschüsse werden z. B. von Ehrenamtlichen gebildet), wofür es danach kleine Anerkennungen gibt.

Die Auszeichnung mit einer Verdienstmedaille oder für eine langjährige Mitgliedschaft ist nur eine geringe Anerkennung von Leistungen für die Partei.

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

Es wurden Maßnahmen ergriffen, um die Notwendigkeit der Überzeiten abzubauen. Diese Maßnahmen wurden bzw. werden restriktiv durchgeführt und jede Überzeit oberhalb eines gewissen Stundenbudgets muss genehmigt werden. Wenn Spitzenbelastungszeiten vorhersehbar sind, werden Hilfskräfte situativ herangezogen, meist Studierende. Solche Zeiten liegen speziell vor bundesweiten Wahlen oder wenn sich ein Rückstau an Arbeiten ergeben hat. Zur Unterstützung des gesamten Mitarbeiterteams wurden die Stellen von ausgeschiedenen Mitarbeitenden wieder ausgeschrieben, wenn diese nicht anderweitig kompensierbar waren. Auch wurde die Ausweitung der Arbeitszeit eines Mitarbeitenden um 5 Wochenstunden genehmigt.

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Es gibt immer Verbesserungsmöglichkeiten. Hier ist der kommunikative Austausch zwischen Mitarbeitenden und Bundesvorstand kontinuierlich fortzusetzen. Mitarbeitende sollen die Offenheit entwickeln, vermehrt ihre Meinung zu umsetzbaren Verbesserungen kundzutun.

Die Arbeit unserer Ehrenamtlichen muss mehr geschätzt werden. Hier gilt es zu überlegen, in welcher Form dies geschehen kann. Gerade die Anerkennung von Engagement kann eine zusätzliche Motivation für die Ehrenamtlichen sein.

C2 Negativaspekt: ungerechte Ausgestaltung der Arbeitsverträge

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass die Mitarbeitenden nicht durch ungerechte Arbeitsverträge einseitig belastet oder ausgebeutet werden?

Falls nicht, ist dieser Negativaspekt nach Vollbilanz zu berichten.

Ungerechte, ausbeuterische und einseitig belastende Arbeitsverträge von Mitarbeitenden sind nicht vorhanden.

Im Berichtszeitraum wurde verbessert:

--

C3 Ökologisches Verhalten der Mitarbeitenden

Berichtsfragen

Welchen Wert legen das Unternehmen und die Mitarbeitenden auf die ökologisch-regionale Herkunft ihrer Lebensmittel am Arbeitsplatz?

Welche Verkehrsmittel benützen Mitarbeitende, um zu ihrem Arbeitsplatz zu gelangen?

Welche Strategie verfolgt das Unternehmen im Hinblick auf das ökologische Verhalten der Mitarbeitenden, gibt es Weiterbildungsangebote?

Verpflichtende Indikatoren

Anteil der Verpflegung aus ökologischer Herkunft

Anteil der Anreise mit PKW bzw. öffentlichen Verkehrsmitteln bzw. Rad bzw. zu Fuß

Nutzungsgrad des ökologischen Betriebsangebots der Mitarbeitenden in %

Bereits der Name der Partei „Ökologisch-Demokratische Partei“ offenbart die Bedeutung genau dieses Themenfelds für unsere Arbeit und unser Bewusstsein. Auf allen Parteitag, in vielen Publikationen und thematischen Gesprächen ist das Umweltverhalten von zentraler Bedeutung. Allein durch die Vielzahl dieser Berührungspunkte kommen die Mitarbeitenden, egal welcher Gruppe sie zugeordnet sind, gar nicht um dieses Thema herum. Damit wird durch die ständige Wiederkehr des Themas auch die Sensibilität für das eigene Verhalten zumindest indirekt mehr oder weniger permanent angesprochen. Letztlich bleibt es jedoch in der Eigenverantwortung der Mitarbeitenden, das Verhalten entsprechend anzupassen.

Durch die geringe Anzahl an hauptamtlichen Mitarbeitenden und die großräumige Streuung der Arbeitsplätze gibt es kaum Möglichkeiten, gezielt durch Vorgabe auf die Verpflegung der Mitarbeitenden Einfluss zu nehmen. Während Parteiveranstaltungen wird jedoch auf Lebensmittel von regionalen Anbietern Wert gelegt. Für die hauptamtlichen Mitarbeiter ist die Ermöglichung des Home-Office ein weiterer aktiver Beitrag zur Reduzierung von Verkehr und damit von schädlichem Einfluss auf die Umwelt. Allerdings haben drei von vier Mitarbeitenden der Bundesgeschäftsstelle angegeben, dass sie mit dem PKW zur Arbeit fahren, um flexibel zu sein. Es wurde auch der Wunsch geäußert, Parkplätze zu bezahlen. Ein evtl. Angebot das Deutschland-Ticket zu bezahlen, wurde nur von einer Mitarbeitenden als positiv in Betracht gezogen.

Die Arbeitsplätze werden, wenn möglich, mit gebrauchten und aufbereiteten Rechnern ausgestattet. Zum Teil wird auch gebrauchtes Mobiliar eingesetzt. Insgesamt wird auf Langlebigkeit geachtet und Reparatur geht vor Neuanschaffung.

Es gibt einen Beschluss, dass es bei Parteitag und ähnlichen Veranstaltungen nur vegetarische und vegane Gerichte geben darf. Hier nimmt die Partei bewusst Einfluss auf die Versorgung auch der Ehrenamtlichen.

Gerade zu Parteitag und ähnlichen Veranstaltungen wird durch den Bundesverband die Anreise mit öffentlichen Verkehrsmitteln empfohlen. Schon bei der Auswahl der Lokalität wird die Verkehrsanbindung mit öffentlichen Verkehrsmitteln entscheidend

mitbedacht. Weiterhin wird auf den Abrechnungsformularen der ÖPNV an erster Stelle angeführt. Bei einer schlechten Anbindung mit Öffentlichen rät die Partei dazu, Fahrgemeinschaften zu bilden und ermöglicht auch die Vernetzung untereinander.

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

Die Mitgliederzeitschrift ÖkologiePolitik (ÖP) wurde so umgestaltet, dass sie multifunktional auch für Mitglieder- und Wahlwerbung verwendet werden kann. Sie orientiert sich zukünftig stark an den Themen bevorstehender Wahlen. Dadurch kann gezielter und über die Grenzen der Partei hinaus über deren aktuelle Themen informiert werden, ohne zusätzliche Druckerzeugnisse produzieren zu müssen.

Verbesserungspotenziale/Ziele:

--

C3 Negativaspekt: Anleitung zur Verschwendung/Duldung unökologischen Verhaltens

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass im Unternehmen weder Verschwendung von Ressourcen gefördert noch unökologisches Verhalten geduldet wird?

Falls nicht, ist dieser Negativaspekt nach Vollbilanz zu berichten.

Nein.

Im Berichtszeitraum wurde verbessert:

Unsere Zeitung ÖkologiePolitik wurde nun als digitale Ausgabe aufgewertet. Der Landesverband Berlin hat einen Wahlkampf rein in den sozialen Medien geführt, um herauszufinden, ob man überhaupt Druckerzeugnisse benötigt.

C4 Innerbetriebliche Mitentscheidung und Transparenz

Berichtsfragen

Welche wesentlichen/kritischen Daten sind für die Mitarbeitenden leicht zugänglich?

Wie werden Führungskräfte ausgewählt, evaluiert und abgesetzt? Von wem?

Welche wesentlichen Entscheidungen können die Mitarbeitenden mehrheits-demokratisch oder konsensual mitbestimmen?

Welche Erfahrungen wurden bisher mit mehr Transparenz und Mitbestimmung gemacht?

Verpflichtende Indikatoren

Grad der Transparenz bei kritischen und wesentlichen Daten (Einschätzung in %).

In Bezug auf die persönliche Arbeit gaben die Mitarbeitenden die Einschätzung ab, dass sie zwischen 70 % und 100 % Zugriff auf kritische und wesentliche Daten erhalten.

Anteil der Führungskräfte, die über Anhörung/Mitwirkung/Mitentscheidung der eigenen Mitarbeitenden legitimiert werden (in %).

Die vier Mitglieder des geschäftsführenden Bundesvorstands haben in Bezug auf die Mitarbeitenden Verantwortung. Jeder betreut einen einzelnen oder mehrere Mitarbeitende als Vorgesetzter. Die Parteivorsitzende ist disziplinarische Vorgesetzte für alle Mitarbeitenden.

Anteil der Entscheidungen, die über Anhörung/Mitwirkung/Mitentscheidung getroffen werden (in %).

Eine Umfrage unter den Festangestellten ergab hier, dass die Mitarbeitenden in ihrem direkten Arbeitsumfeld zwischen 70 % und 90 % bei Entscheidungen einbezogen werden. Bei allgemeinen Entscheidungen, welche nicht direkt dem eigenen Arbeitsbereich zugeordnet werden, ergab die Umfrage immer noch eine Entscheidungsbeteiligung zwischen 60 % und 80 %. Hierbei handelt es sich um subjektive Selbsteinschätzungen der Mitarbeitenden. Transparenz ist ein wichtiges Thema auf verschiedenen Ebenen. So spielt der Datenschutz gerade bei persönlichen Dingen eine sehr wichtige Rolle. Hier muss zwischen allgemeiner Transparenz und Persönlichkeitsrechten abgewogen werden, wenn diese nicht klar geregelt sind. Des Weiteren ist der Zeitpunkt der Bekanntgabe von Entscheidungen oder die Einbindung von Mitarbeitenden in einen Prozess nicht immer einfach zu definieren. Je unausgereifter eine Entscheidung zum Zeitpunkt der Bekanntgabe oder Einbindung anderer ist, desto eher kann ein Thema zerredet werden – oder eben das Gegenteil, dass durch die Öffnung bessere und zielführendere Aspekte mitbedacht werden können. Daher hängt es von der Thematik und situativen Einschätzung im Einzelfall ab, wie früh Mitarbeitende in einen Prozess, eine Entscheidungsfindung oder dergleichen eingebunden werden. Allerdings hat im Jahr 2022 der damalige Bundesvorstand die Teilnahme von Mitarbeitenden an Vorstandssitzungen massiv reduziert, was zu einer deutlich schlechteren Kommunikation innerhalb der Partei geführt hat. Der Grund hierfür waren teils massive Überstunden Einzelner. Generell besteht jedoch eine Offenheit des Bundesvorstands den Mitarbeitenden gegenüber. Auch wurde die Teilnahme von Mitarbeitenden bei Vorstandssitzungen wieder erhöht. Ein stetiger Austausch mit dem geschäftsführenden Vorstand und weiteren Mitgliedern des Bundesvorstands ist dazu angelegt, die Erfahrungen der Mitarbeitenden in die Arbeit des Bundesvorstands einzubinden. Dies ergibt sich allein aus der Tatsache, dass die derzeit hauptamtlichen Mitarbeitenden fast alle länger in der Partei beschäftigt sind als

der aktuelle Bundesvorstand im Amt ist. Daraus wird klar, dass der Bundesvorstand sich keinen Gefallen täte, würde er nicht auf das Wissen der Mitarbeitenden zurückgreifen. Das ist der Grund, warum sehr viele Entscheidungen mit oder unter Mitwirkung, teilweise indirekt, getroffen werden. Eine Beteiligungsquote ist auf Basis des homogenen Prozesses, der nicht hierarchischen Struktur schwierig bis unmöglich. Unter den Mitarbeitenden gibt es keine vorgegebene hierarchische Struktur. Einzig der Bundesvorstand und hier im speziellen die/der Bundesvorsitzende als disziplinarische/r Vorgesetzte/r und Bereichsvorgesetzte aus dem Bundesvorstand (geschäftsführender Bundesvorstand bestehend aus vier Personen inkl.

Bundesvorsitzender/Bundesvorsitzendem) stellen Vorgesetzte dar. Jedoch haben die hauptamtlichen Mitarbeitenden ihre Aufgabenschwerpunkte, für die sie auch die Verantwortung tragen. Damit ergibt sich theoretisch eine thematische Hierarchie. Dies ist sicherlich auch der Größe und Mitarbeiterzahl der ÖDP geschuldet.

Im Herbst 2023 wurden die ersten Schritte zur Gründung eines Betriebsrats seitens der Mitarbeitenden eingeleitet. Insgesamt wird dieser Schritt als positives Signal gewertet. Die Ehrenamtlichen tragen eine hohe Verantwortung in der Partei. Die rund 280 Delegierten des Bundesparteitags wählen den Bundesvorstand, entscheiden über Parteiprogramme und die besonderen Vertreterinnen und Vertreter nominieren die Kandidaten für die Europawahl. Die Parteitagsdelegierten entscheiden aber auch über die Regelwerke der Partei, wie die Satzung und die unterschiedlichen Ordnungen. Der Bundesparteitag ist laut unserer Satzung und Parteiengesetz das wichtigste Entscheidungsgremium. Somit haben diese Delegierten eine übergeordnete Verantwortung für die gesamte Partei. Sie stellen damit die „oberste Führungsriege“ dar, da sie den Bundesvorsitzenden bzw. die Bundesvorsitzende wählen, der/die anschließend disziplinarische/r Vorgesetzte/r für die hauptamtlich Mitarbeitenden ist. Durch die Verabschiedung der Parteiprogramme entscheiden sie über die konkrete Ausrichtung der Partei. Der Bundesvorstand ist diesen gegenüber auch Rechenschaft schuldig. Die Delegierten haben auch abseits von Parteitagen vielfältige Möglichkeiten, Einfluss auf die Parteiarbeit zu nehmen. In unserem Diskussionsforum auf „orangeaktiv“ haben die Mitglieder und damit auch Ehrenamtliche die Möglichkeit, parteiöffentlich Fragen zu diskutieren und den Vorstand mit einzubeziehen. Ähnliches wie beim Transparenzthema mit den hauptamtlich Mitarbeitenden gilt auch bei den Ehrenamtlichen in Bezug auf den Zeitpunkt und die Intensität ihrer Beteiligung. Eine zu frühe Einbeziehung Außenstehender in einen Prozess kann diesen gefährden, zumal sich diese mit der Thematik noch nicht so intensiv auseinandergesetzt haben. Daher gilt hier ein Vertrauensvorschuss für die Gewählten.

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Vor Wahlen des Bundesvorstands müssen die Delegierten vielleicht noch besser über die Funktionen und Aufgaben des Bundesvorstands informiert werden. Nur dadurch werden sie in die Lage versetzt, die besten Kandidatinnen und Kandidaten für den entsprechenden Aufgabenbereich im Bundesvorstand zu wählen. Hier herrscht evtl. ein Informationsdefizit bei den Delegierten, welches beseitigt werden müsste.

C4 Negativaspekt: Verhinderung des Betriebsrates

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass keine Verhinderung des Betriebsrates vorliegt? Falls nicht, ist dieser Negativaspekt nach Vollbilanz zu berichten.

Im Berichtszeitraum wurde verbessert:

Obwohl es im Berichtszeitraum keinen Betriebsrat gab, wurde zu keiner Zeit ein Betriebsrat verhindert. Seit Mitte Oktober 2023 gibt es jetzt innerhalb des ÖDP-Bundesverbands einen Betriebsrat.

D Kundinnen/Kunden und Mitunternehmen

D1 Ethische Kundenbeziehung

Berichtsfragen

Wie werden neue Kundinnen/Kunden gewonnen und wie Stammkundinnen und -kunden betreut?

Als Kundinnen und Kunden der ÖDP werden im Wesentlichen die Mitglieder sowie die Wählerinnen und Wähler verstanden.

Die ÖDP-Mitglieder verteilen sich wie folgt (Stand 30.06.2023):

Landesverband	Mitgliederstand Juni 2023	Veränderung gegenüber Juni 2022	Veränderung zu Juni 2022 (in %)
Baden-Württemberg	910	-59	-6,93
Bayern	4918	-230	-4,91
Berlin	104	-10	-10,64

Brandenburg	99	-10	-11,24
Bremen	11	5	31,25
Hamburg	76	-13	-20,63
Hessen	142	-9	-6,77
Mecklenburg-Vorpommern	25	0	0,00
Niedersachsen	255	-39	-18,06
Nordrhein-Westfalen	537	-64	-13,53
Rheinland-Pfalz	324	-18	-5,88
Saarland	35	-6	-20,69
Sachsen	111	-7	-6,73
Sachsen-Anhalt	48	-7	-17,07
Schleswig-Holstein	72	-13	-22,03
Thüringen	68	0	0,00
Ausland	29	-5	-20,83
Gesamt	7764	-485	-6,66

Bayerische Bezirke			
München	554	-23	-4,33
Mittelfranken	466	-28	-6,39
Niederbayern	866	-31	-3,71
Oberbayern	1290	-83	-6,88
Oberfranken	208	3	1,42
Oberpfalz	471	-16	-3,52
Schwaben	696	-36	-5,45
Unterfranken	367	-16	-4,56
Bayern Gesamt	4918	-230	-4,91

Landesverband	Frauen Juni 2023	Anteil Frauen Juni 2023 (in %)	unter 30 Jahren im Juni 2023	Anteil unter 30 Jahren Juni 2023 (in %)
Baden-Württemberg	339	39,84	39	4,58
Bayern	2143	45,71	249	5,31
Berlin	36	38,30	10	10,64
Brandenburg	26	29,21	10	11,24
Bremen	6	37,50	6	37,50
Hamburg	29	46,03	6	9,52
Hessen	50	37,59	10	7,52
Mecklenburg-Vorpommern	8	32,00	2	8,00
Niedersachsen	72	33,33	32	14,81
Nordrhein-Westfalen	169	35,73	39	8,25
Rheinland-Pfalz	124	40,52	14	4,58
Saarland	11	37,93	2	6,90

Sachsen	40	38,46	12	11,54
Sachsen-Anhalt	21	51,22	1	2,44
Schleswig-Holstein	20	33,90	1	1,69
Thüringen	29	42,65	9	13,24
Ausland	9	37,50	3	12,50
Gesamt	3132	43,03	445	6,11
Bayerische Bezirke				
München	257	48,40	29	5,46
Mittelfranken	179	40,87	29	6,62
Niederbayern	376	45,03	23	2,75
Oberbayern	565	46,81	50	4,14
Oberfranken	89	42,18	26	12,32
Oberpfalz	198	43,52	29	6,37
Schwaben	320	48,48	34	5,15
Unterfranken	159	45,30	29	8,26
Bayern Gesamt	2143	45,71	249	5,31

Bei der letzten Bundestagswahl (26.09.2021) erzielte die ÖDP einen Zweitstimmenanteil von 0,2 % (2017: 0,3 %). Das bedeutet 112.314 Stimmen:

<https://www.bundeswahlleiterin.de/bundestagswahlen/2021/ergebnisse/bund-99.html>

Bei der letzten Europawahl (28.05.2019) erhielt die ÖDP 1,0 % der Stimmen (2014: 0,6 %). Das bedeutet in absoluten Zahlen 369.869 Stimmen:

<https://www.bundeswahlleiterin.de/europawahlen/2019/ergebnisse.html>

Unsere Wählerinnen und Wähler sowie Interessierte, oder auch NGOs, werden durch gezielte Öffentlichkeitsarbeit wie z. B. Social Media, Stände und Teilnahmen an Demos auf uns aufmerksam gemacht. Es werden für politisch Interessierte gezielte Veranstaltungen durchgeführt und damit die o. g. Zielgruppen in die politische Arbeit einbezogen.

Wie stellt das Unternehmen sicher, dass der Kundennutzen vor dem eigenen Umsatzstreben liegt?

Als Partei, welche konzernspendenfrei agiert, steht dieser Ansatz nicht in unserem Fokus. Natürlich sind wir auf Spenden angewiesen, diese sind aber völlig frei von einer Erwartungshaltung unsererseits und werden freiwillig geleistet.

Welche Kundinnen/Kunden-Gruppen haben einen erschwerten Zugang zu den Produkten und Dienstleistungen? Was wird getan, dass diese auch in den Genuss der Produkte/Dienstleistungen kommen können?

Barrierefreiheit wird bislang im eingeschränkten Maße berücksichtigt (u. a. leichte Sprache, Blindenschrift, Gebärdensprache). Sie wird im Bundesverband noch nicht konsequent umgesetzt, sodass Verbesserungsbedarf besteht, um alle Menschen gleich welcher Beeinträchtigung oder Behinderung einzubeziehen.

Verpflichtende Indikatoren

Übersicht der Budgets im Marketing, Verkauf, Werbung: Ausgaben für Maßnahmen bzw. Kampagnen

Bei der letzten Bundestagswahl lag das gesamte Wahlkampagnen-Budget bei 300.000 €.

Art der Bezahlung der Verkaufsmitarbeitenden: fixe und umsatzabhängige Bestandteile in %

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der ÖDP erhalten ein festes Gehalt in Anlehnung an den Tarifvertrag für den Öffentlichen Dienst (TVöD); umsatzabhängige Bestandteile gibt es grundsätzlich nicht.

Interne Umsatzvorgaben von Seiten des Unternehmens: ja/nein

nein

Umsatzanteil in % des Produktportfolios, das von benachteiligten Kundinnen/Kunden-Gruppen gekauft wird.

Die ÖDP verfügt grundsätzlich über kein Produktportfolio, das gekauft werden kann.

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

--

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Alle Medien müssen zukünftig auch Menschen mit Behinderung besser zugänglich gemacht werden. Vorträge müssen auch in Gebärdensprache zu sehen und die Vorlesefunktion auf unseren externen Medien sollte gewährleistet sein. Blindenschrift, gebärdensprachliche Übersetzung, leichte Sprache oder vergrößerte Schriftbilder tragen zur Inklusion und damit zur gesellschaftlichen Teilhabe von Menschen mit Behinderung bei.

Im Rahmen eines Markenkern- und Strategieprozesses hat die ÖDP Ende 2022 eine umfassende Mitgliederbefragung zu sozialen Indikatoren und politischen Einstellungen durchgeführt. Die Befragung wurde sowohl online als auch analog durchgeführt, es beteiligten sich daran 33,5 % der ÖDP-Mitglieder. Die wichtigsten Ergebnisse wurden

bereits auf der Mitgliederplattform „orangeaktiv“ veröffentlicht. Weitere Ergebnisse werden in die Ausrichtung der politischen Arbeit einfließen.

D1 Negativaspekt: unethische Werbemaßnahmen

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass keine unethischen Werbemaßnahmen durchgeführt werden?

Ja, die ÖDP kann bestätigen, dass keine unethischen Werbemaßnahmen durchgeführt werden. Empfohlen wird im Übrigen für die Zukunft eine Richtlinie für die Mitgliedergewinnung.

Falls nicht, ist dieser Negativaspekt nach Vollbilanz zu berichten.

Im Berichtszeitraum wurde verbessert:

-

D2 Kooperation und Solidarität mit Mitunternehmen

Berichtsfragen

Mit welchen Unternehmen wird bereits kooperiert und welche Ziele werden dabei verfolgt?

Aufgrund des Grundsatzprogramms ist eines der Alleinstellungsmerkmale der ÖDP, dass sie mit keinem Unternehmen kooperiert und keine Firmenspenden annimmt, um keine Abhängigkeit, insbesondere im Falle von Wahlsiegen zu haben und um somit Lobbyinteressen von Vornherein zu unterbinden. Das ist seit über 40 Jahren das Selbstverständnis der ÖDP. Es gibt jedoch diverse Kooperationen mit Verbänden, zum Beispiel mit Mehr Demokratie, FÖS oder der Verbraucherinitiative. Zudem ist die Arbeitsgruppe „Dualwahl 2022“ ein sehr gutes Beispiel für die Zusammenarbeit in „Kleinparteibündnissen“. Unsere EU-Parlamentarierin Manuela Ripa unterhält zudem zahlreiche Kooperationen im Rahmen ihrer EU-Fraktion für grüne Politik. In Einzelfällen kooperiert die ÖDP mit Verbänden, so z. B. der bayerische Landesverband beim Volksbegehren „Artenschutz – Rettet die Bienen“ mit einer ganzen Reihe an Umweltverbänden sowie Parteien. Die Möglichkeiten des Bundesverbands sind hier hingegen beschränkt, da es auf Bundesebene noch keine Volksbegehren und Volksentscheide gibt. Letztere werden aber von der ÖDP für mehr Bürgerbeteiligung und Mitbestimmung auf Bundesebene gefordert.

Auf europäischer Ebene unterstützte die ÖDP die Europäische Bürgerinitiative „Bienen und Bauern retten“

(<https://www.oedp.de/aktuelles/aktionen/newsdetails/news/europaeische-buergerinitiative-bienen-und-bauern-ret>)

sowie die Europäische „Bürgerinitiative Stop 5G“

(<https://www.oedp.de/aktuelles/aktionen/newsdetails/news/europaeische-buergerinitiative-stop-5g>).

Darüber hinaus gibt es natürlich mit einer ganzen Reihe von Verbänden Gesprächskontakte, die für einen politischen Austausch notwendig und erforderlich sind. Dazu zählen beispielsweise Umweltverbände, kirchliche Organisationen, Sozialverbände, Gewerkschaften, usw.

In welchen Bereichen verhält sich das Unternehmen solidarisch gegenüber anderen Unternehmen und hilft uneigennützig?

Uneigennützige Hilfe gibt es durch die finanzielle Unterstützung und ehrenamtliche Mitarbeit bei anderen Organisationen, die den Werten der ÖDP entsprechen, zum Beispiel der Kleinparteien-Kongress. Zudem haben wir vor einigen Jahren das Monsanto-Tribunal unterstützt und sind bei Klagen immer wieder Kooperationen mit anderen Parteien eingegangen (z. B. bei der Klage gegen Tesla mit der Grünen Liga).

Verpflichtende Indikatoren

Da die ÖDP kein Unternehmen ist, können wir die folgenden Fragen nicht beantworten.

- *Wie hoch ist der investierte Zeit- / Ressourcenaufwand für Produkte und Dienstleistungen, die in Kooperation erstellt werden im Verhältnis zum gesamten Zeitaufwand für die Erstellung der Produkte und Dienstleistungen des Unternehmens? (in Stunden/Jahr bzw. %-Anteil)*
- *Wie viel Prozent von Zeit / Umsatz wird durch Kooperationen mit folgenden Unternehmen aufgewendet / erzielt:*
 - *Unternehmen, die die gleiche Zielgruppe ansprechen (auch regional): ____*
 - *Unternehmen der gleichen Branche, die regional eine andere ZG ansprechen: __*
 - *Unternehmen der gleichen Branche in gleicher Region, mit anderer ZG: ____*
- *In welchen der folgenden Bereiche engagiert sich das Unternehmen? (Anzahl: x/3)*
 - *Kooperation mit zivilgesellschaftlichen Initiativen zur Erhöhung der ökologischen / sozialen / qualitativen Branchenstandards*
 - *Aktiver Beitrag zur Erhöhung gesetzlicher Standards innerhalb der Branche (responsible Lobbying)*
 - *Mitarbeit bei Initiativen zur Erhöhung der ökologischen / sozialen / qualitativen Branchenstandards*

- *Wie viele Arbeitskräfte / Mitarbeiterstunden wurden an Unternehmen*
 - *anderer Branchen weitergegeben, um kurzfristig die Mitunternehmen zu unterstützen?*
 - *der gleichen Branche weitergegeben, um kurzfristig die Mitunternehmen zu unterstützen?*
- *Wie viele Aufträge wurden an Mitunternehmen*
 - *anderer Branchen weitergegeben, um kurzfristig die Mitunternehmen zu unterstützen?*
 - *der gleichen Branche weitergegeben, um kurzfristig die Mitunternehmen zu unterstützen? (%-Anteil im Verhältnis zur Anzahl der Gesamtaufträge)*
- *Wie hoch beläuft sich die Summe an Finanzmittel, die an Unternehmen*
 - *anderer Branche weitergegeben wurden, um kurzfristig die Mitunternehmen zu unterstützen?*
 - *der gleichen Branche weitergegeben wurden, um kurzfristig die Mitunternehmen zu unterstützen? (Summe, %-Anteil vom Umsatz/Gewinn)*

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

--

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Die oben angeführten Fragestellungen werden im aktuellen Bundesvorstand in der nächsten Zeit angegangen, um die Ergebnisse als Verbesserungspotenzial in diese Bilanz einzubringen.

D2 Negativaspekt: Missbrauch der Marktmacht gegenüber Mitunternehmen

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass auf schädigendes, diskreditierendes Verhalten gegenüber Mitunternehmen komplett verzichtet wird?

Ja, die ÖDP kann bestätigen, dass auf schädigendes, diskreditierendes Verhalten gegenüber Mitunternehmen komplett verzichtet wird. Umgekehrt haben wir als kleine Partei zu kämpfen, da es einer kleinen Partei sehr schwer gemacht wird, wahrgenommen zu werden. So werden zum Beispiel kleine Parteien selten zu Diskussionsrunden in den zahlreichen Medien eingeladen. Jedoch gehört es zum politischen Geschäft, die politischen Wettbewerber zu kritisieren und sie z. B. auf von ihnen verursachte gesellschaftliche, wirtschaftliche und ökologische Versäumnisse oder Schäden hinzuweisen. Dies versuchen wir in einer konstruktiven und lösungsorientierten Form im Rahmen unserer Öffentlichkeitsarbeit umzusetzen.

Falls nicht, ist dieser Negativaspekt nach Vollbilanz zu berichten.

Im Berichtszeitraum wurde verbessert:

--

D3 Ökologische Auswirkungen durch Nutzung und Entsorgung von Produkten und Dienstleistungen

Berichtsfragen

Wie groß sind die ökologischen Auswirkungen der Produkte und Dienstleistungen, absolut und im Vergleich zu bestehenden Alternativen mit ähnlichem Nutzen?

Die größten ökologischen Auswirkungen entstehen bei Reisen der Mitarbeitenden und Mitglieder sowie in Wahlkämpfen. Zudem muss die Frage gestellt werden, wie zum Beispiel Flyer von den Interessenten entsorgt werden. Bisher wissen wir nicht, was mit den Materialien passiert. Man kann nur vermuten, dass sie von den Menschen entsorgt werden, bestenfalls nachdem sie gelesen wurden. Hinsichtlich von Wahlplakaten wissen wir, dass viele Kreis- und Ortsverbände diese häufig wiederverwenden.

Mit welchen Strategien und Maßnahmen werden die ökologischen Auswirkungen, die durch die Nutzung und Entsorgung der Produkte und Dienstleistungen entstehen, reduziert?

Wie sind Konsistenz, Effizienz und Suffizienz im Geschäftsmodell verankert?

Veranstaltungen werden in der Regel mit umweltschonenden Verkehrsmitteln erreicht. Für den Auf- und Abbau eines Standes wird zumeist nachgedacht, ob hier ein Lastenfahrrad in Frage kommt. Zu überregionalen Veranstaltungen wird grundsätzlich die Bahn genutzt. Auf den Abrechnungsformularen, zum Beispiel zu Bundesparteitagen, wird explizit darauf hingewiesen.

Durch welche Strategien und Maßnahmen werden maßvoller Konsum bzw. eine suffiziente Nutzung der Produkte und Dienstleistungen gefördert?

Wir achten sehr genau darauf, dass wir beim Herausgeben unserer Werbematerialien einen hohen Streuverlust vermeiden und unsere Zielgruppe mit gezielten Informationen ansprechen (zum Beispiel mit themenspezifischen Flyern). Auch Gespräche an Infoständen bewirken Verhaltens- und Einstellungsveränderungen. Zudem vertreten wir solche Ansätze maßgeblich in unseren politischen Programmen (Wachstum nur innerhalb unserer planetaren Grenzen, Postwachstumsökonomie, Gemeinwohl-Ökonomie).

*Wie wird die maßvolle Nutzung in der Kommunikation mit Kund*innen gefördert?*

Durch unsere regelmäßigen E-Mail-Newsletter werden unsere Mitglieder und Interessenten regelmäßig über Neuigkeiten informiert sowie aktuelle Themen und Termine bekanntgegeben. Auch Gespräche entweder im Alltag oder an Infoständen bewirken Verhaltens- und Einstellungsveränderungen.

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

--

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Zukünftig sollen nur noch Materialien an wirklich Interessierte herausgegeben werden sowie nachgefragt werden, ob die Inhalte interessieren und gelesen werden. Hier ist unser ökologischer Ansatz ausdrücklich zu betonen, um dann nach einer E-Mail-Adresse zu fragen. Zudem gilt es, einen Leitfaden zu entwickeln, welcher die Durchführung von Veranstaltungen behandelt, um dabei Konsistenz, Effizienz und Suffizienz besser umzusetzen.

Vom vorigen Bundesvorstand wurden teilweise zu große Mengen an Drucksachen bestellt, um von vorteilhaften Preisen von größeren Mengen zu profitieren. Da vermehrt Informationen elektronisch abgerufen werden, soll der Einfluss der elektronischen Medien zukünftig noch stärker in die Überlegungen bezüglich der Auflagenhöhe berücksichtigt werden.

D3 Negativaspekt: bewusste Inkaufnahme unverhältnismäßiger ökologischer Auswirkungen

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass es keine bewusste Inkaufnahme unverhältnismäßiger ökologischer Auswirkungen gibt?

Ja, wobei der Prozess an vielen Stellen Verbesserungspotenzial aufgedeckt hat und wir hier nachbessern müssen.

Falls nicht, ist dieser Negativaspekt nach Vollbilanz zu berichten.

Im Berichtszeitraum wurde verbessert:

--

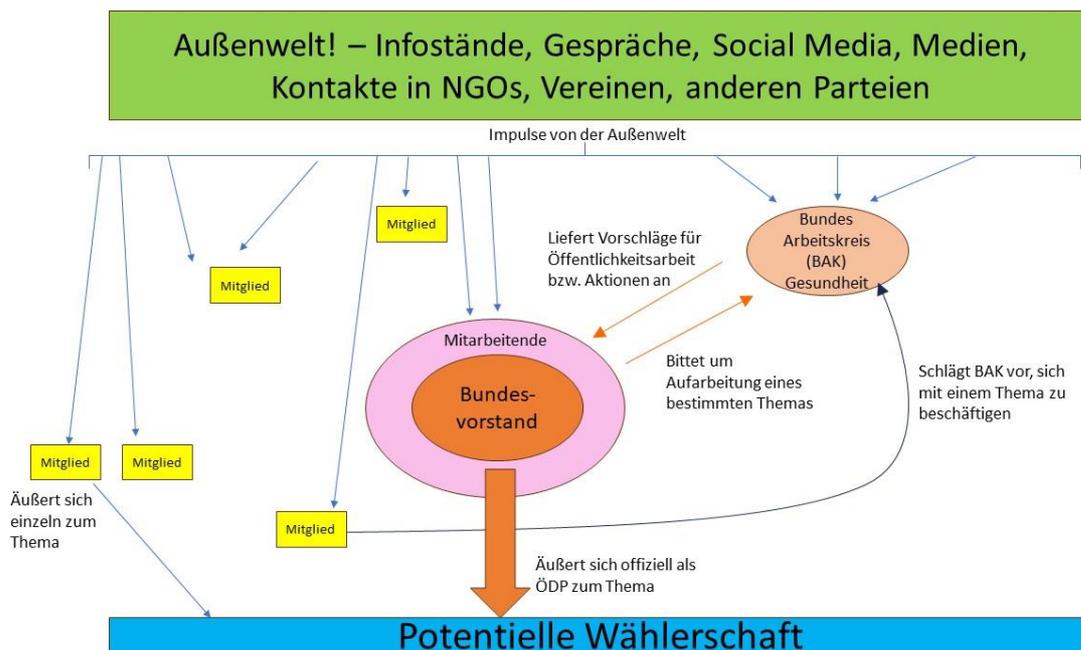
D4 Kundinnen-/Kunden-Mitwirkung und Produkttransparenz

Berichtsfragen

Welche konkreten Mitsprachemöglichkeiten und Mitentscheidungsrechte werden Kundinnen und Kunden eingeräumt und wie wird darüber kommuniziert?

Mitglieder können (als gewählte Delegierte) am Bundesparteitag, am Bundeshauptausschuss oder auch in der Bundesprogrammkommission samt Stimmrechten teilnehmen. Alle Mitglieder können den verschiedenen Bundesarbeitskreisen beitreten. Vertreterinnen und Vertreter der Landesverbände nehmen zweimal im Jahr am Bund-Länder-Rat teil (meist online).

Informationsfluss zwischen Außenwelt, durch einen Bundesarbeitskreis (hier als Beispiel: Bundesarbeitskreis Gesundheit) und potenzieller Wählerschaft



Für den Bundesparteitag vom 19.-21.05.2023 in Gersfeld berechneten sich die Stimmen der Delegierten folgendermaßen:

Mitgliederstatistik

vom 19.01.2023 zur Berechnung der Bundesparteitagsdelegierten für den 62. Bundesparteitag der ÖDP am 19./20./21.05.2023 in Gersfeld

Landesverband	Mitgliederzahl Stand 19.01.2023	davon bezahlt Stand 19.01.2023	BPT Delegierte
Baden-Württemberg	864	843	29
Bayern	4.763	4.704	157
Berlin	96	93	4
Brandenburg	96	92	4
Bremen	14	14	1
Hamburg	74	70	3
Hessen	129	122	5
Mecklenburg-Vorpommern	25	23	1
Niedersachsen	222	210	7
Nordrhein-Westfalen	490	471	16
Rheinland-Pfalz	320	316	11
Saarland	31	31	2
Sachsen	102	100	4
Sachsen-Anhalt	40	38	2
Schleswig-Holstein	60	57	2
Thüringen	67	64	3
Landesvorsitzende	-	-	16
Ausland	25	23	-
Bundesvorstand	-	-	13
Bundesvereinigungen	-	-	1
Gesamt	7.418	7.271	281

ÖDP-Bundesgeschäftsstelle, Pommerngasse 1, 97070 Würzburg, Tel.: 0931-404 860 Fax: 0931-404 86 29

Für den Bundeshauptausschuss am 27.10.2023 in Würzburg ergab sich nach § 12.3 der Bundessatzung zum Beispiel folgender Delegiertenschlüssel:

Landesverband	Mitgliederzahl Stand 27.06.2023	davon bezahlt Stand 27.06.2023	BHA- Delegierte
Baden-Württemberg	852	841	4
Bayern	4.687	4.643	19
Berlin	94	94	1
Brandenburg	88	86	1
Bremen	16	16	1
Hamburg	64	62	1
Hessen	133	130	1
Mecklenburg-Vorpommern	25	23	1
Niedersachsen	216	208	1
Nordrhein-Westfalen	476	463	2
Rheinland-Pfalz	306	303	2
Saarland	29	29	1
Sachsen	104	102	1
Sachsen-Anhalt	41	39	1
Schleswig-Holstein	59	57	1
Thüringen	68	66	1
Ausland	24	24	-
Bundesvorstand	-	-	4
Gesamt	7.282	7.186	43

Für die Vertreterversammlung für die Wahl der Bewerberinnen und Bewerber für die Bundesliste zur Wahl des Europäischen Parlaments am 28./29.10.2023 in Würzburg berechneten sich die Stimmen der Delegierten folgendermaßen:

Landesverband	Mitgliederzahl Stand 28.06.2023	Delegierte
Baden-Württemberg	852	18
Bayern	4.685	94
Berlin	94	2
Brandenburg	89	2
Bremen	16	1
Hamburg	64	2
Hessen	133	3
Mecklenburg-Vorpommern	25	1
Niedersachsen	215	5
Nordrhein-Westfalen	474	10
Rheinland-Pfalz	306	7
Saarland	29	1
Sachsen	104	3
Sachsen-Anhalt	41	1
Schleswig-Holstein	59	2
Thüringen	68	2
Ausland	24	-
Gesamt	7.278	154

Werden Impulse von Kundinnen und Kunden zur sozial-ökologischen Verbesserung der Produkte und Dienstleistungen aufgenommen?

Ja, Impulse von Mitgliedern sowie Wählerinnen und Wählern zur sozial-ökologischen Verbesserung werden selbstverständlich jederzeit mit großem Interesse aufgenommen und fließen dann natürlich auch in unsere Diskussion zu Grundsatz- und Parteiprogramm ein.

Welche Produktinformationen sind öffentlich zugänglich (Inhaltsstoffe, Wertschöpfungskette, ökologisch relevante Informationen, Preisfindung)?

Diese Informationen sind für uns als Partei nicht relevant, weil wir keine Produkte herstellen. Ökologisch relevante Informationen sind auf unserer Homepage zugänglich.

Verpflichtende Indikatoren

Da die ÖDP keine Produkte oder Dienstleistungen vertreibt, können wir die folgenden Fragen nicht beantworten.

Anzahl der Produkt- und Dienstleistungsinnovationen mit sozial-ökologischer Verbesserung, die durch die Mitwirkung von Kundinnen und Kunden entstanden sind.

Anteil der Produkte mit ausgewiesenen Inhaltsstoffen (in % des Umsatzes).

Anteil der Produkte und Dienstleistungen mit veröffentlichten Preisbestandteilen (in % des Umsatzes).

Im Berichtszeitraum wurde umgesetzt:

--

Verbesserungspotenziale/Ziele:

Für zukünftige Bundesparteiarbeit sollten diese Impulse dokumentiert und eine Checkliste mit Priorisierung erarbeitet werden.

D4 Negativaspekt: kein Ausweis von Gefahrenstoffen

Da die ÖDP keine Produkte oder Dienstleistungen vertreibt, können wir die folgenden Fragen nicht beantworten.

Berichtsfrage

*Kann das Unternehmen bestätigen, dass die Produkte keine Schadstoffe enthalten, die Kund*innen und Umwelt belasten und auch keine schädlichen Nebenwirkungen bei der zweckgemäßen Verwendung der Produkte entstehen?*

Falls nicht, ist dieser Negativaspekt nach Vollbilanz zu berichten.

Im Berichtszeitraum wurde verbessert:

-

E Gesellschaftliches Umfeld

E 1 Sinn und gesellschaftliche Wirkung der Produkte und Dienstleistungen

Der Sinn der ÖDP liegt darin begründet, die gesellschaftlichen Voraussetzungen für eine natur- und lebenserhaltende sowie bürgernahe demokratische Politik in Deutschland und auf dem Planeten Erde zu gestalten. Die ÖDP ist die einzige Partei in Deutschland, die das Konzept des ständigen wirtschaftlichen Wachstums in Frage stellt.

Grundlage für unsere Arbeit ist das Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) und hier im Besonderen der §1:

„§ 1 Verfassungsrechtliche Stellung und Aufgaben der Parteien

(1) Die Parteien sind ein verfassungsrechtlich notwendiger Bestandteil der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Sie erfüllen mit ihrer freien, dauernden Mitwirkung an der politischen Willensbildung des Volkes eine ihnen nach dem Grundgesetz obliegende und von ihm verbürgte öffentliche Aufgabe.

(2) Die Parteien wirken an der Bildung des politischen Willens des Volkes auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens mit, indem sie insbesondere auf die Gestaltung der öffentlichen Meinung Einfluß nehmen, die politische Bildung anregen und vertiefen, die aktive Teilnahme der Bürger am politischen Leben fördern, zur Übernahme öffentlicher Verantwortung befähigte Bürger heranbilden, sich durch Aufstellung von Bewerbern an den Wahlen in Bund, Ländern und Gemeinden beteiligen, auf die politische Entwicklung in Parlament und Regierung Einfluß nehmen, die von ihnen erarbeiteten politischen Ziele in den Prozeß der staatlichen Willensbildung einführen und für eine ständige lebendige Verbindung zwischen dem Volk und den Staatsorganen sorgen.

(3) Die Parteien legen ihre Ziele in politischen Programmen nieder.

(4) Die Parteien verwenden ihre Mittel ausschließlich für die ihnen nach dem Grundgesetz und diesem Gesetz obliegenden Aufgaben.“

Quelle: <https://www.gesetze-im-internet.de/partg/BJNR007730967.html>

Zu (1): Die ÖDP dokumentiert ihre Verfassungstreue u. a. in ihrer Satzung und ihrem Grundsatzprogramm:

<https://www.oedp.de/partei/satzungen-und-geschaeftsordnungen>

<https://www.oedp.de/programm/grundsatzprogramm>

Zu (2): Die ÖDP ist bereits mit einem Mandat im Europäischen Parlament vertreten, sowie mit ca. 530 kommunalen Mandaten in Ortsbeiräten, Gemeinderäten, Stadträten, Kreistagen, Regionalversammlungen und Bezirkstagen. Außerdem stellt sie einige Bürgermeister/innen und Ortsvorsteher. Sie kandidiert ferner für Bundestags- und Landtagswahlen. Darüber hinaus werden den Mitgliedern der ÖDP eigene Fortbildungsprogramme angeboten.

Zu (3): Die ÖDP hat ihre politischen Ziele im Grundsatzprogramm, im Bundespolitischen Programm, im Wahlprogramm zur Europawahl und im Wahlprogramm zur Bundestagswahl festgelegt. Die Untergliederungen geben sich für ihr Bundesland oder ihre Kommune ein entsprechendes Programm.

Zu (4): Die finanziellen Mittel der ÖDP, die durch Mitgliedsbeiträge, Zuwendungen und staatliche Mittel eingenommen werden, sowie die Ausgaben der Partei werden jährlich vom Wirtschaftsprüfer auf ihre bestimmungsgemäße Verwendung geprüft. Rechenschafts- und Prüfberichte werden der Bundestagsverwaltung vorgelegt und sind

Voraussetzung für die Auszahlung der staatlichen Mittel. **Um politisch unabhängig zu bleiben, verzichtet die ÖDP auf Spenden von juristischen Personen.**

Das „Fundament“ der ÖDP wird im Grundsatzprogramm wie folgt formuliert:
„Fest verankerte Wurzeln sind für die ÖDP die Ethik und das daraus erwachsende Menschenbild. Durch ganzheitliches Denken und gemeinschaftliches Handeln will die ÖDP verantwortungsvolle Lösungen für eine langfristig lebensfreundliche Welt erreichen. Zum Welt- und Menschenbild der ÖDP gehört die Erkenntnis, dass der Mensch eingebunden ist in die Gesamtzusammenhänge des Lebens auf dieser Erde und so dazu beitragen muss, seiner persönlichen Verantwortung gerecht zu werden. Die ÖDP stellt sich den drängenden Herausforderungen unserer Zeit: dem fortschreitenden Klimawandel, dem krisenhaften ökonomischen Wandel, den gesellschaftlichen, kulturellen und ethischen Umbrüchen und nicht zuletzt den damit einhergehenden veränderten Anforderungen an die Menschen.“

Berichtsfragen:

- *Welche der neuen Grundbedürfnisse (siehe unten) erfüllen die Produkte/Dienstleistungen des Unternehmens?*

Als politische Partei erfüllen unsere „Dienstleistungen“, also die Formulierung politischer Forderungen und Ziele, vor allem die Grundbedürfnisse gemäß § 1.2 des Parteiengesetzes der u. a. Indikatoren. Wir tragen dem Grundbedürfnis Rechnung, dass wir auf Probleme aufmerksam machen und Lösungen anbieten. Zudem wirken wir an der (politischen) Bildung der Bevölkerung im Rahmen von Vorträgen, Exkursionen, Workshops und dergleichen mit.

- *Welche der Produkte/Dienstleistungen sind Luxusprodukte, die meistens „nur“ dem eigenen Status dienen und durch preiswertere, weniger ressourcenschädliche Produkte des einfachen oder guten Lebens ersetzt werden können?*

Die ÖDP als Partei bietet keine „Luxusprodukte“ an, dieser Punkt entfällt daher.

- *In welcher Form dienen unsere Produkte/Dienstleistungen dem persönlichen Wachstum der Menschen bzw. der Gesundheit?*

Wir klären die Bevölkerung mittels unterschiedlicher Medien über gefährliche Entwicklungen auf. Zudem fordern wir in vielen Bereichen Verbote von z. B. gefährlichen Chemikalien oder Reduzierung von Elektrosmog. Beispiele, dass unsere Forderungen mit Blick auf die Gesundheit von Mensch und Natur wirken, sind z. B. der Volksentscheid für den Nichtraucherenschutz oder unsere Forderungen für den Klimaschutz und Hitzeaktionspläne in den Kommunen.

- *Welche gesellschaftlichen/ökologischen Probleme (regional oder global) werden durch unsere Produkte/Dienstleistungen gelöst bzw. gemindert? (Orientierung an UN-Entwicklungszielen, siehe vertiefende Online-Informationen)*

Sämtliche Programme der ÖDP haben den Ansatz, die gesellschaftlichen und ökologischen Probleme nachhaltig zu lösen. Dabei denken wir global und handeln

lokal. Siehe dazu auch die o. a. Beschreibung „Das Fundament der ÖDP“ im ÖDP-Grundsatzprogramm: <https://www.oedp.de/programm/grundsatzprogramm/das-fundament-der-oedp>

Verpflichtende Indikatoren

Anteil der Nutzenart des Gesamtumsatzes:

1. Erfüllte Bedürfnisse
 - decken Grundbedürfnisse 100 %
 - Statussymbol/Luxus 0 %
2. Dienen der Entwicklung
 - der Menschen 100 %
 - der Erde/Biosphäre 100 %
 - löst gesellschaftlich/ökologische Probleme lt. UN-Entwicklungszielen ...100 %
3. Nutzen der Produkte/Dienstleistungen:
 - Mehrfachnutzen/einfacher Nutzen 100 %
 - Hemmender/Pseudo-Nutzen 0 %
 - Negativnutzen 0 %

Kann das Unternehmen bestätigen, dass keine der aufgelisteten menschenunwürdigen Produkte oder Dienstleistungen produziert oder verkauft werden?

Dieser Aspekt entfällt, da die ÖDP weder Produkte oder Dienstleistungen produziert bzw. verkauft.

E 2 Beitrag zum Gemeinwesen

Demokratie und Partizipationschancen gehören elementar zur sozialen Gerechtigkeit. Menschen müssen politische Rechte wahrnehmen, um über ihr Leben selbst politisch zu bestimmen und so an der Gesellschaft teilhaben zu können. Der ÖDP geht es um die Stärkung der Demokratie. Die ÖDP bekennt sich klar zu Sozialstaatlichkeit und Demokratie, zu ökologischen Grundsätzen, Menschenwürde, Menschenrechten und dem Einsatz für den Frieden in einem zusammenwachsenden Europa und in der Welt.

Die ÖDP wendet sich entschieden gegen konsumorientierten Materialismus und reinen Kapitalismus, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit, ebenso wie jedes ausbeuterische Denken gegenüber Mensch und Umwelt. Durch mehr direkte Demokratie wollen wir die wirtschaftlichen und ökologischen Grundlagen unserer Gesellschaft bewahren und soziale Gerechtigkeit definieren.

Die Beeinflussung der Mandatsträger durch Lobbyvertretungen stellt eine nicht zu unterschätzende Gefahr dar. Sie führt dazu, dass die Interessen einzelner Wirtschaftszweige oder Konzerne über das Gemeinwohl gestellt werden. Dies schadet nicht nur der Demokratie, sondern letztendlich auch der Wirtschaft, weil die Aufrechterhaltung veralteter Strukturen gefördert und die Durchsetzung zukunftsweisender Innovationen verhindert wird.

Die ÖDP ist davon überzeugt, dass den Entscheidungsgremien unserer parlamentarischen Demokratie die höchstmögliche Unabhängigkeit zugesichert werden muss. Dies bedeutet Unabhängigkeit von Parlament und Abgeordneten, Aufhebung des Fraktionszwangs, strikte Trennung von politischem Mandat und wirtschaftlichen Interessen- und Lobbyvertretungen, keine Gleichzeitigkeit von politischem Mandat und Entscheidungs- oder Aufsichtsratsmandat in einem Unternehmen (außer bei kommunalen Mandatsträgern in kommunalen Eigenbetrieben).

Die ÖDP fordert ein Verbot von Parteispenden und Parteisponsoring durch Unternehmen und andere juristische Personen.

Die Kreis- und Ortsverbände der ÖDP sowie die Mandatsträgerinnen und -träger engagieren sich zudem vielfältig für das Gemeinwesen in Form von Aktionen und Veranstaltungen. Um das Gemeinwesen und den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu stärken, ist die Grundlage, das demokratische Staatswesen mit den o. a. Idealen zu fördern und zu unterstützen.

Berichtsfragen

- *Welchen direkten materiellen Beitrag leistet das Unternehmen zur Sicherung des Gemeinwesens (z. B. in Form von Ertragsteuern, Lohnsummenabhängigen Abgaben und Sozialversicherungsbeiträgen)? Welche direkten materiellen Unterstützungen (z.B. Förderungen, Subventionen) erhält das Unternehmen andererseits?*

Berichtsjahr 2022	Euro
Umsatz	1.218.359,82
effektiv bezahlte Ertragsteuern (Einkommenssteuer, Körperschaftsteuer)	0
lohnsummenabhängige Steuern und Sozialversicherungsbeiträge der Arbeitgeber	78.116,15
Summe der Lohnsteuer und SV-Beiträge der unselbstständig Beschäftigten	130.961,92

abzüglich aller unternehmensbezogener Subventionen und Förderungen	0
Staatliche Mittel	Bundesverband: 728.310,29 Gesamtpartei 1.195.901,11

Für das Jahr 2022 hat der ÖDP-Bundesverband 1.218.359,82 Euro Einnahmen erwirtschaftet und 1.246.522,98 Euro an Ausgaben gehabt, was einen Verlust von 28.163,16 Euro bedeutet. Zum 31.12.2022 verfügte die Bundespartei über ein Vermögen von 1.037.985,87 Euro.

- *Wie viel an Geld, Ressourcen und konkreter Arbeitsleistung wird für das freiwillige gesellschaftliche Engagement des Unternehmens aufgewendet? Worin besteht der Eigennutzen an diesen Aktivitäten?*

Die ÖDP hatte 2022 ungefähr 7.500 Mitglieder. Derzeit wird die konkrete Arbeitsleistung der ehrenamtlichen Mitglieder auf Bundes-, Landes-, Bezirks-, Regional-, Kreis oder Ortsebene nicht gesondert erfasst, weil dies voraussetzen würde, dass jedes Mitglied weitere Zeit für diese Berichterstattung erbringen müsste. Außerdem kann das Engagement auf den unterschiedlichen politischen Ebenen erfolgen. Ähnliches gilt für die „Ressourcen“. Da die ÖDP sich als Partei dem gesellschaftlichen Interesse verpflichtet fühlt, ist sie per se ein „freiwilliges gesellschaftliches Engagement“. Betrachtet man den Bundesvorstand mit 13 Mitgliedern (alle ehrenamtlich, bis auf die/den Vorsitzende/n mit einer Aufwandsentschädigung), 16 Bundesarbeitskreise und andere Kommissionen mit jeweils mind. drei Aktiven, kommt man in der Summe auf gut 80 Personen, die im Schnitt ca. 8 Stunden in der Woche für die ÖDP arbeiten. Auf Basis dieser Schätzung werden allein auf Bundesebene ca. 25.000 Stunden ehrenamtlich gearbeitet. Hinzu kommen die Parteitage und ähnliche Veranstaltungen, an denen bis zu ca. 200 Delegierte 2-3 Tage ebenfalls für die Partei tätig sind. Daraus ergeben sich nochmals ca. 4.000 Stunden. In Summe bedeutet dies, dass umgerechnet auf alle Mitglieder 29.000 Stunden: 7.500 Mitglieder jeweils ca. 4 Stunden Arbeit für die Gemeinschaft geleistet wird – und dies nur auf Bundesebene. Hinzu kommen die Arbeiten auf Landes-, Bezirks-, Regional-, Kreis- und Ortsebene. Diese Schätzung kann als Größenorientierung dienen.

Im Rechenschaftsbericht der ÖDP kann man sämtliche finanzielle Aufwendungen nachvollziehen, jedoch ist der Rechenschaftsbericht für 2022 nebst der für Parteien verpflichtenden Wirtschaftsprüfung frühestens im Herbst 2023 erstellt. Daher wird an dieser Stelle auf den Rechenschaftsbericht sowie den Prüfbericht der Wirtschaftsprüfer aus dem Jahr 2021 (liegt in der Bundesgeschäftsstelle vor)

verwiesen. Dieser wurde am 19.07.2023 in einer Drucksache des Bundestags veröffentlicht: <https://dserver.bundestag.de/btd/20/078/2007841.pdf>

In der Pressemeldung des Bundestags vom 10.10.2023 hieß es dazu: „Die Ökologisch-Demokratische Partei (ÖDP) zählte Ende 2021 8.015 Mitglieder. Sie verzeichnete Einnahmen von 3,14 Millionen Euro bei Ausgaben von 3,05 Millionen Euro und erzielte einen Überschuss von 91.578,78 Euro.“
(<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-970772> vom 10.10.2023)

Veröffentlicht sind auch alle ÖDP-Rechenschaftsberichte bis 2020 (Gesamtpartei einschließlich Untergliederungen):

„Die ÖDP verzeichnete Einnahmen von 3,23 Millionen Euro bei Ausgaben von 3,27 Millionen Euro, was zu einem Defizit von gut 46.000 Euro führt. Knapp 40 Prozent der Einnahmen entfielen auf staatliche Mittel, knapp 47 Prozent auf Spenden und 13 Prozent auf Mitgliedsbeiträge.“

(<https://www.bundestag.de/presse/hib/kurzmeldungen-897402> (20/1860) vom 18.05.2022)

- *Welche nachhaltigen Veränderungen bewirken die freiwilligen Aktivitäten des Unternehmens?*

Die Aktivitäten unserer Mitglieder verändern viele politische Zielsetzungen in der kommunalen, wie auch in der Landes- und Bundespolitik. Jedoch aufgrund der Mandatssituation eher auf der kommunalen wie auf der Bundesebene, denn hier verfügt die ÖDP ja nur über ein EU-Mandat in Brüssel. Betrachtet man jedoch in diesem Fall ausnahmsweise die Gesamtpartei, welche von der Bundespartei dienstleistungsmäßig unterstützt wird, so lassen sich folgende herausgehobene Punkte nennen:

- Veränderungen, die aufgrund von Volksentscheiden und Volksbegehren in Bayern erreicht worden sind, wie z. B. der Nichtraucherschutz (der nach und nach auf das gesamte Bundesgebiet ausgedehnt wurde) und die Überarbeitung der bayerischen Umweltgesetzgebung, die zu mehr Artenschutz führte.
- Viele große und kleine kommunale Projekte, die in den „ÖDP-Kommunen“ durch- und umgesetzt werden konnten.
- Weitere Erfolge der ÖDP hier: <https://www.oedp.de/partei/geschichte/erfolge>

- *Wie stellt das Unternehmen sicher, dass illegitime Steuervermeidung oder Korruption und negativer Lobbyismus nicht begünstigt bzw. verhindert wird?*

Die ÖDP ist als Partei nicht einkommenssteuerpflichtig. Um ihre politische Unabhängigkeit zu bewahren und v. a. den Einfluss von Lobbyisten zu vermeiden,

verzichtet die ÖDP auf Spenden von juristischen Personen (z. B. Konzerne, Firmen, Verbände). Aufträge bei größeren Ausgaben werden nur nach vorherigem Beschluss durch den Bundesvorstand und der Einholung mehrerer Angebote vergeben.

Verpflichtende Indikatoren

Nettoabgabenquote, darin sollen folgende Beiträge eingerechnet werden:

Diese Netto-Abgaben werden auf die ausgewiesene Wertschöpfung (Gewinn vor Steuern plus Fremdkapitalzinsen plus Einnahmen aus Mieten und Verpachtung) bezogen und ergeben damit die relative Netto-Abgabenquote.

Geldwerte, freiwillige Leistungen für das Gemeinwesen abzüglich des Anteils an betrieblichem Nutzen dieser Leistungen (in Prozent des Umsatzes bzw. der Gesamtjahresarbeitszeit)

Dieser Aspekt entfällt für die ÖDP, da die ÖDP als Partei nicht umsatzsteuerpflichtig ist.

E2 Negativaspekt: illegitime Steuervermeidung

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass es keinerlei Praktiken betreibt, die der illegitimen Steuervermeidung dienen oder die den erwirtschafteten Unternehmensgewinn bewusst einer korrekten Besteuerung und damit dem Gemeinwohl entziehen?

Da die ÖDP weder einkommens- noch körperschaftssteuerpflichtig ist, entfällt diese Frage.

E2 Negativaspekt: mangelnde Korruptionsprävention

Berichtsfrage

Kann das Unternehmen bestätigen, dass es selbst keine korruptionsfördernden Praktiken betreibt und dass sämtliche Lobbying-Aktivitäten offengelegt wurden?

Um ihre politische Unabhängigkeit zu bewahren und v. a. den Einfluss von Lobbyisten zu vermeiden, verzichtet die ÖDP auf Spenden von juristischen Personen (z. B. Konzerne, Firmen, Verbände). Im ÖDP-Bundesverband werden durch den Bundesvorstand in erster Linie politische Gespräche mit Vereinen und Verbänden geführt (Umweltverbände, religiöse Organisationen, Gewerkschaften). Da es sich aus unserer Sicht hierbei nicht um Lobbying-Aktivitäten handelt, erfolgt darüber auch keine öffentliche Information. Aufträge und Ausgaben werden nur nach Beschluss des gesamten Bundesvorstands vergeben bzw. getätigt. Darüber hinaus ist angedacht, auch für den Einkauf eine Richtlinie gegen Korruption zu erstellen.

E 3 Reduktion ökologischer Auswirkungen

Die ÖDP bekennt sich zum Modell des wachstumslosen Wohlstands. Dies bedeutet Zugewinn an Lebensqualität durch Verzicht auf Überflüssiges. Die bisherige, auf

einseitigen materiellen Verbrauch ausgerichtete Wirtschaftspolitik ist gescheitert. Sie missachtet wesentliche naturwissenschaftlich-ökologische, aber auch zentrale ökonomische Grundsätze. Wirtschaft, die ihre ökologischen Grundlagen nicht beachtet, ist weder zukunftsfähig noch vernünftig. Ökologisch-soziale Wirtschaftspolitik bedeutet für uns, dass Nachhaltigkeit die Basis jeder menschlichen Aktivität sein sollte. Wir streben eine Stärkung regionaler Wirtschaftskreisläufe und Wertschöpfungen unter der Beachtung von Mensch und Natur sowie die Schonung aller Ressourcen an und distanzieren uns von wachstumsorientierten Wirtschaftsmodellen. Aus diesen Überlegungen leitet die ÖDP in ihren Programmen für alle wichtigen Politikfelder entsprechende Forderungen ab, die zur Reduktion ökologischer Auswirkungen beitragen sollen, so z. B. in den Bereichen der Energiepolitik, der Mobilität, der Siedlungsplanung, der Landwirtschaft, dem Arten- und Naturschutz.

Jede Vision muss mit Leben gefüllt werden. Deshalb lebt die ÖDP das, was sie sagt, und sagt das, was sie lebt. Für die Partei selbst bedeutet dies konkret:

- Freiwilliger Verzicht auf Konzernspenden
- Ehrenkodex der Mandatsträger
- Familiengerechte Mitarbeiterlöhne
- Transparente direktdemokratische Mitwirkungsmöglichkeiten
- Urabstimmungen über wichtige Themen
- Nachhaltige Medienproduktion auf chlorfreien Recyclingpapieren
- CO₂-neutrale Partei

Berichtsfragen

- *Welche negativen Umweltwirkungen in Bezug auf Emissionen, Lärm, Abfall, Verbrauchsgüter sowie Energie-, Wasser- und Stromverbrauch haben die betrieblichen Herstellungs- bzw. Arbeitsprozesse?*

Die betrieblichen Arbeitsprozesse finden im Wesentlichen in Form von Büroarbeit statt. Für die Geschäftsstellen der ÖDP (Würzburg, Mainz) wurde der Energie-, Wasser- und Stromverbrauch ermittelt (siehe Indikatoren). Verbrauchsgüter sind im Wesentlichen Papier und Toner für Drucker, Kopierer und Faxgeräte.

In Mainz werden die leeren Tonerpatronen wieder an die Verkäufer zurückgegeben. Lärm, Abfall und sonstige Emissionen fallen bei der Arbeit des ÖDP-Bundesverbands nicht an. Als politische Partei nimmt die ÖDP an Wahlen teil (z. B. 2021 Bundestagswahl, 2024 Europawahl). Hierfür werden Plakate und andere Werbemittel produziert. Bei den Werbemitteln wird streng darauf geachtet, dass diese sinnvoll, ressourcenschonend und ökologisch unbedenklich sind. Wahlplakate werden bereits und sollen auch in Zukunft so konzipiert werden, dass diese immer wieder eingesetzt werden können. Die Verteilung von Flyern und Plakaten wird in der Regel von Mitgliedern der Kreisverbände mit dem privaten Pkw vorgenommen – auch im Rahmen von bundesweiten Wahlen. Im Jahr 2022 fanden allerdings keine bundesweiten Wahlen statt.

Die Aktivitäten auf den Social-Media-Kanälen tragen zu einem höheren Stromverbrauch bei.

- *Welche Daten zu den wesentlichen Umweltwirkungen (Umweltkonten) werden erhoben und veröffentlicht?*

Bisher keine. Es sollen in Zukunft alle wichtigen Daten hinsichtlich der Umweltwirkungen (Energiedaten von Geschäftsstellen/Homeoffice, Mobilität im Rahmen der Parteiarbeit, Materialverbrauch), erhoben und in geeigneter Form veröffentlicht werden. Dazu müssen für die hauptamtlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie für die ehrenamtlichen Mitglieder (ggf. repräsentative Auswahl) geeignete Systeme für die Datenerfassung entwickelt und bereitgestellt werden.

- *Wie werden Umweltdaten veröffentlicht?*

Nein, bisher nicht, siehe vorherige Frage.

Verpflichtende Indikatoren

Entsprechend dem Tätigkeitsfeld des Unternehmens sind relevante Umweltkonten zu berichten:

Verbrauchsdaten der Geschäftsstellen Würzburg (Miete) und Mainz (Miete)	Würzburg	Mainz
Ausstoß klimawirksamer Gase in kg	2.729 kg CO ₂	liegt nicht vor
Transporte (und dessen CO ₂ -Äquivalent) in km bzw. kg	keine	keine
Benzinverbrauch (und dessen CO ₂ -Äquivalent) in Liter bzw. kg	keine	keine
Stromverbrauch (und dessen CO ₂ -Äquivalent) in kWh bzw. kg	2.989 kWh	257 kWh
Gasverbrauch (und dessen CO ₂ -Äquivalent) in kWh bzw. kg	12.733,7 kWh	8.883 kWh 2021
Heizenergie (in Bezug auf die jeweilige Durchschnittstemperatur) in kWh/°C	nicht ermittelbar	nicht ermittelbar
Verbrauch von Trink- und Regenwasser in m ³	27,08 m ³	5,6 m ³ (2021)
Chemikalienverbrauch (giftig, ungiftig) in kg	keine	keine
Papierverbrauch in kg	ca. 12.000 Blatt A4 = 60 kg	ca. 1.000 Blatt A4 = 5 kg
Einsatz von sonstigen Verbrauchsmaterialien in kg	nicht messbar	nicht messbar
Kunstlichereinsatz in Lumen, kWh	220 Tage – jeweils 9 Stunden	nicht erfasst, da keine tägliche Nutzung
Schadstoffemissionen in kg	keine	keine

Die jeweiligen Messwerte sollten auf betrieblich relevante Kenngrößen umgelegt werden

(z.B. kg CO₂ pro Mitarbeitenden oder bezogen auf den Umsatz). Die Bezüge können dann zur Überprüfung der Erreichung des Ziels „Reduzierung“ genutzt werden.

Kann das Unternehmen bestätigen, dass es nicht gegen Umweltauflagen verstößt bzw. die Umwelt nicht unangemessen belastet?

Als Partei gehören wir nicht zum produzierenden Gewerbe und können somit nicht gegen Umweltauflagen verstoßen.

E 4 Transparenz und gesellschaftliche Mitentscheidung

Der ÖDP-Bundesverband setzt sich für die Einführung von bundesweiten Volksentscheiden ein, die es bisher in Deutschland leider nicht gibt, obwohl es vom Grundgesetz her nicht ausgeschlossen wurde. Der größte ÖDP-Landesverband der ÖDP in Bayern hat sich in den letzten Jahren mit der Initiierung einer großen Anzahl von Volksbegehren hervorgetan. Dazu gehören die Initiativen zur Abschaffung des bayerischen Senats und für konsequenten Nichtraucherschutz, die beide durch Volksentscheide entschieden wurden. Eine Reihe weiterer Volksbegehren führte in Bayern jeweils zu entsprechenden Reaktionen der bayerischen Landesregierung im Sinne der ÖDP. Dazu zählt z. B. das Volksbegehren „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“:

Im Jahr 2019 fand die erste Lesung des von der ÖDP in Bayern initiierten, erfolgreichen Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ im bayerischen Landtag statt. Über 1,7 Millionen Menschen waren zuvor im Februar 2019 innerhalb von 14 Tagen in die Rathäuser geströmt und hatten für einen besseren Natur- und Artenschutz in Bayern unterschrieben.

Das Volksbegehren ist ein Mittel der direkten Demokratie und in der Bayerischen Verfassung verankert. Es ermöglicht Bürgerinnen und Bürgern die Einbringung eines Gesetzesentwurfs in den Bayerischen Landtag. Die erste Hürde, die zu überwinden ist, ist die Sammlung von 25.000 Zulassungsunterschriften: Knapp 100.000 Menschen hatten in der ersten Zulassungsphase für das Volksbegehren unterschrieben, im November 2018 wurde es vom Innenministerium verfassungsrechtlich geprüft und zugelassen. Vom 31. Januar 2019 bis zum 13. Februar 2019 mussten sich in der Folge dann mindestens 10 % der bayerischen Wahlberechtigten, also fast eine Million Menschen, persönlich in den Rathäusern in Listen eintragen, um das Volksbegehren „Rettet die Bienen“ erfolgreich über die nächste Hürde zu heben. Online ist dies nicht möglich. Zur Eintragung muss der gültige Ausweis vorgelegt werden. Über 1,7 Millionen Bürgerinnen und Bürger in Bayern, 18,3 % der Wahlberechtigten (!), haben dies getan und auf diese Weise mächtig Druck auf die Staatsregierung ausgeübt. Damit wurde das Volksbegehren Artenvielfalt zur erfolgreichsten Initiative in Bayern seit 1946. Davon mehr als beeindruckt, berief Ministerpräsident Markus Söder unter Leitung des

Landtagspräsidenten a. D. Alois Glück einen Runden Tisch im Landtag ein, an dem die Vertreter des Volksbegehrens mit Staatsregierung, Ministerien und Verbänden über weitergehende Maßnahmen berieten. Im Juli 2019 beschloss der Landtag mit großer Mehrheit den Gesetzestext des Volksbegehrens sowie in einem Begleitgesetz weitere Maßnahmen für bessern Artenschutz in Bayern. Zum Trägerkreis des Volksbegehrens „Artenvielfalt – Rettet die Bienen!“ gehörten die Ökologisch-Demokratische Partei Bayern (ÖDP), der Landesbund für Vogelschutz in Bayern (LBV), Bündnis 90/Die Grünen Bayern und die Gregor Louisoder Umweltstiftung. Ein breites gesellschaftliches Bündnis, getragen vom BUND-Naturschutz Bayern und der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) sowie rund 200 weiteren Organisationen, Unternehmen, Verbänden und Parteien, unterstützten diese direktdemokratische Initiative.

Zahlreiche ÖDP-Kreisverbände haben auch auf kommunaler Ebene Bürgerbegehren oder Bürgerentscheide organisiert oder unterstützt. Und dies zu einer Vielzahl von Themen und in [einer Kooperationen](#) mit Parteien, Vereinen, Verbänden und Bürgerinitiativen.

Des Weiteren legt die ÖDP immer wieder den Finger in die Wunde der etablierten Parteien und Regierungen. Durch unsere Öffentlichkeitsarbeit fördern wir die Informationen ans Tageslicht, welche sonst gerne untern Tisch gekehrt werden sollten. Wir sprechen unangenehme Themen an und bringen auch sog. Randthemen in das Blickfeld der Öffentlichkeit wie z. B. die Einschränkungen, welche Elektrosensible haben.

Berichtsfragen

- *Welche wichtigen oder kritischen Informationen werden für die gesellschaftlichen Berührungsgruppen erfasst und in welcher Form wird darüber berichtet (Umfang und Tiefe, Art der Publikation, Zugänglichkeit für die Öffentlichkeit)?*

Als politische Partei beleuchtet und kommentiert die ÖDP zahlreiche politische Themenfelder. Diese Beiträge werden in Form von Pressemitteilungen (auf www.oedp.de), in den sozialen Medien (Facebook, X – ehem. Twitter, Instagram, LinkedIn, Vimeo und YouTube) und in der Parteizeitung ÖkologiePolitik (Auflage ca. 10.000, <https://www.oekologiepolitik.de/>) veröffentlicht. Alle diese Medien sind also für die Öffentlichkeit zugänglich. Während die Pressemitteilung sich auf die wesentlichen Fakten beschränkt, kann ein Beitrag in ÖkologiePolitik schon auch mal als Hintergrundbericht erscheinen. Zudem organisieren wir Veranstaltungen zu verschiedenen Themen.

- *Wie können Bürgerinnen und Bürger in Dialog treten und gesellschaftliche Berührungsgruppen legitime Interessen gegenüber dem Unternehmen vertreten?*

Die Bürgerinnen und Bürger treten in der Regel telefonisch oder über das Kontaktformular auf der Webseite mit der ÖDP-Bundespartei in Kontakt (auf den unteren Parteiebenen sind die Kontaktaufnahmen sicherlich vielfältiger bis hin zur

persönlichen Ansprache z. B. eines ÖDP-Mandatsträgers). Bei der Bundestagswahl 2021 erhielt die ÖDP von zahlreichen Organisationen sogenannte „Wahlprüfsteine“, die sie entsprechend der Programmlage beantwortet hat und die dann i. d. R. von den Anfragenden auch veröffentlicht wurden. So war die ÖDP z. B. auch im Wahl-O-Mat vertreten. Bei öffentlichen Veranstaltungen haben die Bürgerinnen und Bürger die Möglichkeit, mit Mitgliedern direkt in Kontakt zu treten, dies auch außerhalb von Wahlkampfzeiten, in denen es noch weitere Möglichkeiten wie z. B. Infostände gibt.

- *Wie werden die Ergebnisse des Dialogs dokumentiert und wie fließen sie in die Entscheidungsfindung ein?*

Die Wahlprüfsteine von gesellschaftlichen Gruppen werden teilweise auch auf der eigenen Webseite veröffentlicht. Korrespondenzen zwischen der Partei sowie den Bürgerinnen und Bürgern werden jedoch nicht veröffentlicht. Die Ergebnisse von Gesprächen mit Bürgerinnen und Bürgern fließen indirekt über den Erfahrungsaustausch in die Parteiarbeit ein. Oft werden Mitglieder durch deren Ansprache auf sensible Themen hingewiesen. Als Ziel wäre denkbar, für „Standardfragen“ auf der Internetseite ein Verzeichnis mit entsprechenden Musterantworten anzubieten.

Verpflichtende Indikatoren

- *Veröffentlichung eines Gemeinwohlberichts oder eine gleichwertige gesellschaftliche Berichterstattung*

Einen Gemeinwohlbericht hat die ÖDP bisher nicht vorgelegt, ist aber hiermit erstellt worden und damit ab 2023 gültig.

- *Anteil der Mitentscheidung der Berührungsgruppen (in % der relevanten Entscheidungen, je nach Mitbestimmungsgrad).*

Zu ausgewählten Themen initiiert oder unterstützt die ÖDP Bürger- oder Volksentscheide. Der Bundesverband kann hier jedoch in Deutschland auf Bundesebene nicht aktiv werden, weil es bisher nicht die Möglichkeit der bundesweiten Volksentscheide gibt.

E4 Negativaspekt: Förderung von Intransparenz und bewusste Fehlinformation

Kann das Unternehmen bestätigen, dass es keine falschen Informationen über das Unternehmen oder gesellschaftliche Phänomene verbreitet.

Das Wesen einer Partei ist durch die politische Meinungsfreiheit definiert. Von daher kann der Bundesverband der ÖDP nicht für alle politischen Aussagen der Mitglieder garantieren, dass keine falschen Informationen über die Partei oder gesellschaftliche Phänomene verbreitet werden. Der ÖDP-Bundesverband hat aber auf seinem Bundesparteitag 2022 folgenden Antrag beschlossen, der vor allem die eigenen

Statements und Programme betrifft: *„Aussagen in Parteiveröffentlichungen, die auf wissenschaftlichen Erkenntnissen beruhen, sind durch entsprechende Quellenangaben zu belegen.“* Mit diesem Beschluss will die ÖDP sicherstellen, dass keine „Fake News“ verbreitet werden.

Ausblick

Kurzfristige Ziele

Welche kurzfristigen Ziele verfolgen Sie bei der Umsetzung der Gemeinwohl-Ökonomie (Zeitraum 1-2 Jahre)?

- Gründung eines Betriebsrats
- Maßnahmen zur Eindämmung von gestressten und krank arbeitenden Mitarbeitenden
 - Mitarbeitenden -Zeiterfassung
 - Einstellung von neuen Mitarbeitenden in kritischen Bereichen
 - Keine zusätzlichen Überstunden sollen anfallen
 - Neue Überstunden nur in Absprache mit der/dem Bundesvorsitzenden, sollen schnellstmöglich abgebaut werden
 - Eine Renovierung der Bundesgeschäftsstelle in Würzburg (bzw. ein Umzug in geeignetere Büroräume) wird beabsichtigt
- Die „Übersetzung“ unserer Wahlprogramme in leichtere Sprache
- Alle Finanzdienstleister sollen ökologisch und am Gemeinwohl ausgerichtet sein

Langfristige Ziele

Welche langfristigen Ziele verfolgen Sie bei der Umsetzung der Gemeinwohl-Ökonomie (Zeitraum 3-5 Jahre)?

- Barrierefreiheit und bessere Zugänglichkeit (Webseite, mehr Kommunikation auch in Gebärdensprache in den sozialen Netzwerken, Verbesserung der Erreichbarkeit der Bundesgeschäftsstelle)
- Verstärkte Nutzung von Synergien im vorpolitischen Raum
- Erhöhung der Wirksamkeit des politischen Programms

EU-Konformität: Offenlegung von nicht-finanziellen Informationen (Eu COM 2013/207)

Im Mai 2014 stimmte der Ministerrat der EU einer Richtlinie zu, die noch in nationales Recht umzusetzen ist. Die offenzulegenden Informationen (obligatorisch ab 500 Mitarbeitenden) sind

- *Beschreibung des Geschäftsmodells. Was ist der Zweck des Unternehmens, womit wird Nutzen gestiftet für Kunden, wodurch werden Gewinne erwirtschaftet.*
- *Welche Politiken verfolgt das Unternehmen, um die Einhaltung der gebotenen Sorgfalt in **Umwelt-, Sozial- und Arbeitnehmerbelangen, zur Achtung der Menschenrechte und zur Bekämpfung von Korruption** zu gewährleisten?*
- *Was sind die primären Risiken der Geschäftsprozesse in diesen Bereichen?*

- *Was sind die primären Risiken der Geschäftsbeziehungen, Produkte und Dienstleistungen in diesen Bereichen?*
- *Wie werden diese Risiken gehandhabt? Mit welchen Ergebnissen?*
- *Offenlegung relevanter nicht-finanzieller Leistungsindikatoren*

Der Gemeinwohl-Bericht kann zur nichtfinanziellen Berichterstattung gemäß EU-Richtlinie verwendet werden. Es liegt in der Verantwortung des Unternehmens, sicherzustellen, dass der Gemeinwohlbericht in der entsprechenden Tiefe und mit allen nationalen Erfordernissen der Umsetzung der Richtlinie erstellt wird.

In Österreich gilt das „Nachhaltigkeits- und Diversitätsverbesserungsgesetz (NaDiVeG)“, in Deutschland das „CSR-Richtlinien-Umsetzungsgesetz (CSR-RUG)“.

Für die ÖDP gilt ein hoher Transparenzanspruch nach innen wie nach außen. Weil der GWÖ-Berichtsstandard universell, messbar, vergleichbar, allgemeinverständlich, öffentlich und extern auditiert ist, haben wir uns – ohne Notwendigkeit – dazu entschlossen, diese Kompaktbilanz zu veröffentlichen.

Beschreibung des Prozesses der Erstellung der Gemeinwohl-Bilanz

Wer war bei der Erstellung der GWÖ-Bilanz/ dem GWÖ-Bericht im Unternehmen involviert? Welche Stakeholder waren involviert? (Name, Position/ Verbindung zum Unternehmen)

Wie viele Personen-Arbeitsstunden wurden dafür aufgewendet?

Name	Position/Verbindung	Personen/Arbeitsstunden
Charlotte Schmid	Bundeschatsvorsitzende	30
Helmut Scheel	2. stv. Bundeschatsvorsitzender	80
Thomas Schiffelmann	Stv. Bundesschatzmeister	100
Doris Hüben-Holomos	Kaufm. Geschäftsführerin, Finanzen	66,5
Dr. Claudius Moseler	Generalsekretär	55
Jan Altnickel	Referent interne Kommunikation	15
-	ca. 150 Ehrenamtliche Mitarbeitende (Teilnahme an Befragung)	200

Wie wurde die Bilanz/ der Bericht intern kommuniziert?

Im Vorfeld gab es mehrere Diskussionsrunden im Bundesvorstand. Nachdem beschlossen worden war, dass wir in den GWÖ-Bilanzierungsprozess einsteigen werden, wurden Landesverbände eingeladen, sich an dem Prozess zu beteiligen. Hierzu gab es wiederum online zwei Vorstellungsveranstaltungen, die für alle interessierten Parteimitglieder vorgesehen waren. Danach wurde das Pro und Contra im internen Parteiforum der ÖDP öffentlich diskutiert. Kritik und Anregungen wurden, soweit möglich, im Rahmen der Bilanzierung berücksichtigt. Der Bundesvorstand wurde in öffentlichen Sitzungen über den Fortgang des Prozesses unterrichtet. Mitte Oktober 2023 wurde die Zertifizierung in einer Bundesvorstandssitzung beschlossen.

Der Bericht wird auf unserer Webseite veröffentlicht werden. Wir werden auch in unseren Newsletter, in Mitglieder-Informationen und unterschiedlichsten Medien auf die Gemeinwohl-Zertifizierung hinweisen.

Datum: 25. Oktober 2023